ZECK

Nr. 121 Juli / August 04


das info aus der flora

Die Front entsteht als kämpfende Bewegung!

Reclaim the Park!
Ohne Mampf kein Kampf!

Vorwort

Wertes Publikum,

Einmal mehr standen wir vor der schier unlösbaren Aufgabe, eine exklusive Auswahl aus den sich bei uns in gigantischen Postsäcken stapelnden Zuschriften zu treffen, um Euch über die drohende Leere des unaufhaltsam näherrückenden Sommerlochs mit einem kleinen, aber feinen Lesemenü hinwegzuhelfen. Anstatt schwerer Kost haben wir uns für mehr kleinere, leichte Häppchen entschieden.
Erreicht hat uns ein längerer Text zum Thema Wasserturm mit zwei älteren Publikationen zu Umstrukturierung im Schanzenviertel, die mit zwei aktuellen Texten um die laufenden Prozesse wg. Harkortstraße und drohenden Räumung vom Wendebecken eine Art Schwerpunkt zum Thema "öffentlicher Raum" ergeben.
Zu der sich weiter hinziehenden Frage um Fahnenstreit, Antisemitismus und Antideutsch hat uns ein Artikel erreicht, den wir alleine nicht abdrucken wollten. Da dunklen Quellen gemäß noch weitere Texte zum Thema in Arbeit sind, haben wir uns entschieden, das Ganze eine Ausgabe zu schieben.
Bis dahin wünschen wir Euch einen so richtig schön verregneten Sommer, viel Spaß beim Schanzenfest usw.

Soweit verbleibt ohne jeden Fußballwitz,

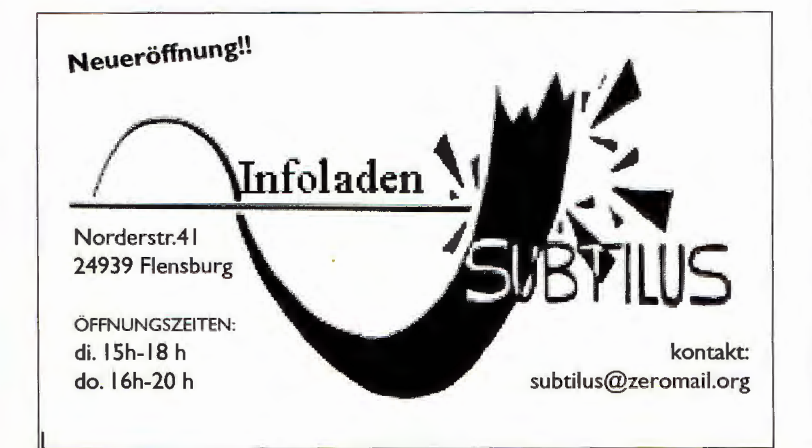
Eure Zeck

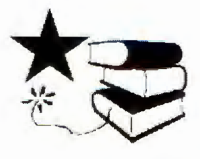
Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Name« ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!) Eigendruck im Selbstverlag





Kita-Proteste

Auch unter neuer CDU Alleinherrschaft und trotz Ankündigung von Beust "Alles besser machen zu wollen" haben die Proteste gegen die Kita Verordnung bisher kein Ende genommen. Ein Beteiligter schilderte auf Indymedia den Ablauf einer Auschußsitzung vom 23.06.04:

"Das Thema Nachfrageorientiertes Gutscheinsystem (Kitapolitik) stand auf dem Plan. Rund 500 HamburgerInnen wollten der öffentlichen (!) Sitzung beiwohnen, wurden dann aber auf den neuen Veranstaltungsort verwiesen und die Sitzung war auch noch um eine Stunde vorverlegt worden.

Ein kleiner Saal sollte der Öffentlichkeit genüge tun, aber weit gefehlt. Erzieher, Hauswirtschaftskräfte, Eltern und Kinder können eine Menge Lärm machen. So mussten sich die Ausschussmitglieder bereit erklären den angrenzenden Sall mitzuöffnen. Problem, von den noch rund 350 anwesenden HamburgerInnen konnte kaum einer/eine ein Wort verstehen. So wurde dann um mehr Lautstärke "gebeten". Die Techniker konnten aber nicht mehr Phone geben und so blieb den Ausschussmitgliedern nichts anderes übrig, als den Punkt Kitapolitik in Hamburg vertagen zu müssen und für dessen Wiederholung in der Woche nach den Sommerferien einen größeren Saal zu organisieren.

Am Rande der Veranstaltung wurde ein Teilnehmer noch personalientechnisch vom Team Green erfasst. Er soll mit Äußerungen innerhalb der Bannmeile eine Straftat begangen haben - lächerlich! Es gibt hunderte von Zeugen gegen die Staatsgewalt. Hier soll der Protest gegen die geplanten massiven Verschlechterungen im Berech der Kinderbetreuungsarbeit kriminalisiert werden.

Hamburg das ist erst der Anfang einer harten Auseinandersetzung!"

Aktion gegen Kürzungspolitik bei FrauenLesben Projekten

100 bis 150 Frauen fanden sich am 17.06.04 nachmittags am Jungfernstieg ein, um gegen die erneuten drastischen Kürzungen bei Frauenprojekten zu protestieren.

Zu der Aktion hatte pro:fem, der Verbund Hamburger Frauen- und Mädcheneinrichtungen aufgerufen. In einer theatralischen Performance prangerten die überwiegend in Schwarz gekleideten Frauen den "vom CDU-Senat eingeleiteten Tod der Frauenpolitik und Frauenförderung in Hamburg" an.

Zum Hintergrund:
Gestern begannen in der Hamburger Bürgerschaft dreitägige Haushaltsberatungen. Hierzu hatte Finanzsenator Peiner ein 150-Millionen-Euro-Sparprogramm vorgelegt, zu dem "alle Ressorts einen Beitrag geleistet haben" - so gab die Behörde für Bildung und Sport die Streichung des kompletten Frauentitels in Höhe von 716.000,- Euro zum 30.6.2004 bekannt. Somit stehen vier Weiterbildungsträger mit frauenspezifischen Angeboten von heute auf morgen vor dem Aus:

- efa – Informations- und Beratungsstelle Frau und Beruf e.V., die auf eine 20jährige erfolgreiche Arbeit zurückblickt;
- Frau und Arbeit e.V.;
- Denkträume e.V. - Hamburger Frauenbibliothek, die älteste Frauenbildungseinrichtung in Hamburg;
- FLAKS e.V., ein Zentrum für Frauen im sozial benachteiligten Stadtteil Altona-Nord - der Umzug von FLAKS aus den aus allen Nähten platzenden Räumen in einen eigens errichteten Neubau mitten im Stadtteil war für August 2004 geplant. Auf dem Richtfest im April hatte der Bezirksamtsleiter dem Zentrum noch eine erfolgreiche Zukunft gewünscht.

Weiterhin richtete sich der Protest auch gegen die von der Behörde für Soziales und Familie verfügte Schließung des 1. Hamburger Frauenhauses zum Ende des Jahres und weitere Kürzungen bei den übrigen Frauenhäusern sowie gegen eine Auflage des Senats, wonach der Schutz einer von Gewalt bedrohten Frau und ihrer Kinder vom Aufenthaltsstatus abhängig gemacht werden soll.

In einer Pressemitteilung von pro:fem heißt es: "Pro:fem fordert die Senatorin auf, die Entscheidung umgehend zurückzunehmen und mit den Trägern in einen Diskussionsprozess einzutreten, um auf dem Hintergrund der Haushaltslage nach anderen Lösungen zu suchen."

Außerdem forderten die Protestierenden
- den Erhalt frauen- und mädchenspezifischer Strukturen und Angebote
- die Orientierung der Politik an den Lebensverhältnissen von Frauen und Mädchen
- das Ende menschen- bzw. frauenverachtender Politik.



Demo gegen Abschiebeknast und NPD-Zentrale in Berlin vom 6. Juni

Am 5.6. fand in Berlin eine mit 2000-3000 TeilnehmerInnen recht gut besuchte bundesweite Demo gegen die NPD-Zentrale und den Abschiebeknast in Berlin-Köpenick statt. Die Verknüpfung der NPD-Zentrale mit dem Abschiebegefängnis brachte den Zusammenhang von braunem Mob und staatlichen Rassismus recht gelungen zum Ausdruck. Neben dem üblichen Gezicke mit den Bullen kam es vor allem vor dem Abschiebeknast zu verstärkten Bulleneinsätzen und Provokationen, so dass das geplante Abschlußkonzert abgebrochen werden mußte. Trotz aller Widrigkeiten war es doch eine verhältnismäßig kraftvolle und gelungene Demo.



Proteste gegen das Gebirgsjägertreffen in Mittenwald

Am 29. Mai fanden Protestaktionen gegen das Traditionstreffen der Gebirgsjäger in Mittenwald statt. Ca. 400 Leute beteiligten sich an der vom VVN-BdA und dem AK "Angreifbare Traditionspflege" veranstalteten Demonstration, die sich in einem grünen Wanderkessel bewegen mußte. Der Kameradenkreis der Gebirgsjäger feiert seit 50 Jahren eine Einheit, die für mehrere Massaker und Kriegsverbrechen im zweiten Weltkrieg, vor allem in Griechenland, verantwortlich war. Während die ProtestlerInnen mehrfachen Schikanen der Polizei und einer gleichgültig bis feindselig gestimmten Bevölkerung ausgesetzt waren, konnten die Wehrmachtsveteranen, Kriegsverbrecher und Bundeswehrsoldaten ihre Feierleichkeiten begehen.

hamburg umsonst! Stadtrundfahrt

von hamburg umsonst

"Mobilität für alle und zwar umsonst!"
Unter diesem Motto fand am Nachmittag des 18. Juni eine kostenlose Stadtrundfahrt der Kampagne hamburg umsonst statt. Eine Woche nach der erneuten Fahrpreiserhöhung des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) beteiligten sich über 50 Menschen an Aktionen in U-Bahnen, Bahnhöfen und Bussen.
Zum Auftakt fand eine ungewöhnliche und kostenlose Fahrt mit der U-Bahn statt. Gemeinsam mit den Fahrgästen feierte hamburg umsonst das Recht auf Mobilität. Zur Musik von Gitte Haenning "Ich will alles" wurden die Waggons mit Fischen und Girlanden geschmückt. So wurde der graue U-Bahn-Alltag in eine Urlaubs- und Unterwasserlandschaft verwandelt. Zahlreiche Fahrgäste waren von der Aktion regelrecht begeistert.

Anschließend gings zum Bahnhof Altona, wo an einem Werbestand die Pinke Punkt Aktion vorgestellt wurde: Die Pinke Punkt Aktion ist eine Kooperation des Hamburger Verkehrsverbundes, der Deutschen Bahn AG und von Hamburg Umsonst. Gemeinsam wollen wir Mobilität für alle möglich machen. Den zahlreichen Einschränkungen der Mobilität durch zu hohe Fahrpreise, rassistische Kontrollen und Platzverweise stehen ebenso viele Möglichkeiten, sich das Recht auf Mobilität zu nehmen, entgegen. Schwarzfahren oder die Weitergabe gebrauchter Tickets gehören dazu. Aber auch die illegale Einreise oder Verstöße gegen die Residenzpflicht sind alltägliche Beispiele dafür, dass Menschen ihren Anspruch auf Mobilität auch gegen geltendes Recht durchsetzen - trotz des damit verbundenen Risikos. Die pinken Buttons ermöglichen es denjenigen, die eine Mitfahrgelegenheit suchen oder zu verschenken haben, sich gegenseitig zu erkennen (siehe Pinker-Punkt-Faltblatt).
Zum Abschluss gelang es, das faktische Demonstrationsverbot in der Innenstadt zu umgehen: Am Gänsemarkt wurde ein Bus, der durch die Innenstadt fuhr, mit Plakaten beklebt. Verlierer des Tages war die Hamburger Polizei: Während UMSONST schon wieder auf dem Nachhauseweg war, nahm die Polizei mit mehreren Mannschaftswagen die Verfolgung des beklebten Busses auf.
Und nun? Nicht nur die Fahrpreise des HVV steigen, alles wird teurer: Wohnungsmieten, Schwimmbadbesuche, Freizeitaktivitäten... Wir sind nicht länger bereit, das hinzunehmen. Wir nehmen uns das, was wir für ein schönes Leben brauchen - und zwar umsonst!

Alles für alle: Hamburg Umsonst!

Bauwochenende in der Roten Flora

Am Wochenende des 10. und 11. Juli findet jeweils ab 10 Uhr in der Flora mal wieder ein großes Bauwochenende statt. Das bedeutet, es bietet sich eine fast einmalige Gelegenheit für alle, die auf dem Fusion-Festival waren, sich vom durchgängigen Technogewummer auf sporadische Hammerschläge runterzudosieren. Für alle, die nicht auf der Fusion waren, eine fast einmalige Gelegenheit, sich Erlebnisse von dort erzählen zu lassen und sich mit seichten Schlagbohrsummern auf die peitschenden Beats der nächstjährigen Fusion einzustimmen. Und für alle, die kein Bock auf Festivalerzählungen und Baulärm haben, gib's Ohrenstöpsel, denn: zu tun ist mal wieder mehr als genug!
Also: motiviert euch und eure Freundinnen und Freunde deren Freundinnenfreundinnen





und Freundesfreunde usw. usf., damit die Mauern der Flora auch für die nächsten 15 Jahre halten, um den Widrigkeiten der Verhältnisse mal mehr mal weniger kraftvoll zu trotzen!! Jedes helfende Händchen ist willkommen und wird, wenn gewünscht, anschließend auch zurückgegeben!!!

LEIPZIG am 15. Mai: Bericht der NOlympia-Demo

Erste Eindrücke von der antiolympischen Demonstration in Leipzig.

Das erfreuliche Endergebnis vorweg: klare und klägliche 0:3-Niederlage für Leipzig und seine "one family", formerly known as Volksgemeinschaft.
Am heutigen Nachmittag fand die vom Antiolympischen Komitee Leipzig (AOK) organisierte bundesweite Demonstration unter dem Motto "fatal error - the game is over" statt. Trotz miesem Wetter versammelten sich am Burgplatz an die tausend Menschen. Schon vor Beginn der Demonstration kam es zu einem Zwischenfall, als Burschenschaftler sich mit Hilfe von Pfefferspray Durchgang durch die Menge verschaffen wollten. Es flogen spontan einige Flaschen und die Burschis kamen ins Rennen, noch bevor die Polizei sich der Situation bewusst wurde. Jene war zahlreich erschienen, unterstützt durch Bundesgrenzschutz, Kamerawagen und Hubschrauber. Damit stand es schon vor Beginn 1:0!

Vor dem Start wurde bekannt, dass die geplante Route erneut verändert wird. Bereits im Vorfeld musste der Ort der Auftaktkundgebung vom Augustusplatz weg verlegt werden, da die Stadt im Nachhinein pro-olympische Jubelveranstaltungen inszenieren wollte. Allerdings folgten dem Aufruf, eine volksgemeinschaftliche Menschenkette gegen die subversiven Olympia-Kritiker zu bilden, nur wenige Bürgerinnen und Bürger. In Sichtweite des Burgplatzes waren höchsten dreißig Personen zu erblicken, am Zetkin-Park sollen sie mit jeweils fünfzig Meter Abstand gestanden haben. Mehr pro-olympischen Geist konnte ich an diesem Tag nicht erblicken, mit Ausnahme einiger Pöbelpassanten und "damals-herrschte-noch-Zucht-und-Ordnung"-Renter im blauen T-Shirt. Ganz deutlich: das war das 2:0!

Die Demo begann mit sportlicher Pünktlichkeit, also einstündiger Verzögerung gegen 15 Uhr. Im Voraus wurden Grußworte von Rostocker GenossInnen verlesen, sowie zwei Textbeiträge von Re:sistencia und der Libelle gehalten. Letzterer war ausgesprochen kreativ, inhaltlich wurde aber in keinem Beitrag über das bisher bekannte hinausgegangen (dazu ist eigentlich auch schon alles gesagt). Dann gings Los mit viel guter Laune, etwas Pink & Silver und Nieselregen. Auch kreative Transparente waren dabei, allen voran eine umfunktionierte und provisorisch neu betextete "one family"-Fahne. Leider führte die Route aus der Innenstadt heraus und durch schwach bevölkertes Terrain. Trotzdem ergab sich durch gute Musik und laute Parolen ("Eure Bewerbung ist eh' passé - Wolfgang in den tiefen See!") eine nette Stimmung. Während der ersten Zwischenkundgebung rieselte es reichlich Zeitungskonfetti.

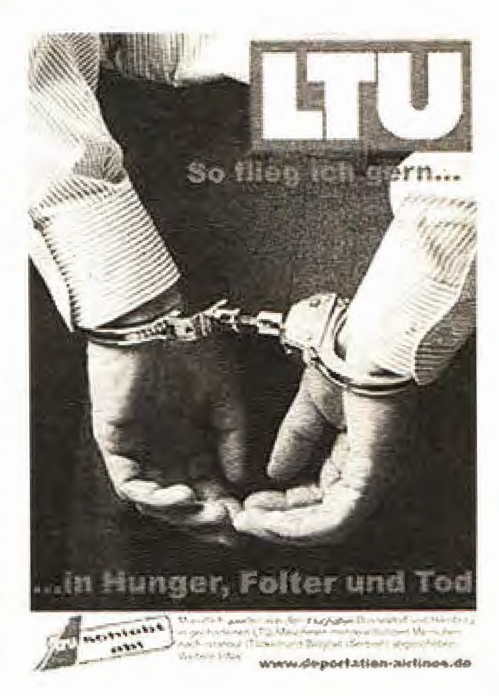
Während der zweiten Kundgebung gab es einen Redebeitrag der Wertkritischen Kommunisten (WKL). Der Inhalt war sicher passabel, die Akustik war es nicht. Am Rande eine Diskussion mit Bullen, weil einem Punk das Bier abgenommen wurde. Der Nichtgenuss von Alkohol war eine der Auflagen, ebenso, wie das Nutzen nur des jeweils äußersten Fahrbahnstreifens. Letzteres konnte jedoch nicht durchgesetzt werden. Auf dem letzten Abschnitt in Richtung Waldplatz gab es dann zwei Countdowns samt Massensprints, begleitet von Rufen wie "no, no, no Olympia!" und "Nie wieder Deutschland!" Ein älterer Polizist erwies sich dabei leider als völlig unsportlich und der antiolympische Mob konnte zu ihm aufschließen...

Die Demonstration endete schließlich gegen halb fünf am Waldplatz. Ingewahrsamnahmen konnte ich nicht beobachten. Der Tag endet also mit einem klaglosen und völlig positiven Resümee: die Ankündigung des AOK, 700 Menschen zu mobilisieren, wurde übertroffen; die versprochene antikritische Menschenkette blieb zu Hause; Burschis konnten zurückgeschlagen werden... für uns steht es damit 3:0! Am kommenden Dienstag wird der Vorausscheid des IOC auf dem Augustusplatz live übertragen. Sollte unser Job damit noch nicht erledigt sein, freuen wir uns auf ein baldiges Rückspiel inklusive weiterer unsportlicher Szenen.

Proteste gegen Ferienflieger LTU in Berlin

von No Deportation

Bundesweiter Start einer Kampagne gegen Abschiebungen in Berlin. Zeitgleich mit Protesten in anderen Großstädten wie Düsseldorf, Hamburg oder München fanden sich AktivistInnen der Naturfreundejugend Berlin und von JungdemokratInnen/Junge Linke Brandenburg vor dem LTU-Servicecenter auf dem Flughafen Berlin-Tegel ein.
Mit einem Transparent "LTU schiebt ab", Flugblättern und Plakaten, die hübsch an den LTU-Stand angebracht wurden, machten sie Reisende auf das Abschiebegeschäft der LTU aufmerksam.
LTU flog allein im Jahr 2003 mindestens mit



acht Maschinen Sammelabschiebungen von Düsseldorf in die Türkei. Weitere Flüge gingen nach Serbien. Seit 2004 fliegt LTU auch von Hamburg aus Abschiebeflüge.

Auf den Protest gab es zunächst kaum Reaktion seitens der LTU-Service-Mitarbeiter. Nach etwa fünf Minuten traf ein Herr des privaten Flughafensicherheitsdienstes ein und forderte die Protestierenden auf, den Flughafen zu verlassen, denn der sei Privatbesitz und er stelle sich auch nicht mit einem Transparent in ein Wohnzimmer der Beteiligten.
Später kam Polizei hinzu, es wurde mit Anzeigen gedroht. Der vor dem Flughafengebäude lautstark fortgesetzte Protest wurde mit noch mehr Polizei- und Sicherheitsdienstpräsenz schließlich nach einer halben Stunde beendet. Alle Beteiligten wurde Hausverbot erteilt.

Weitere Aktionen werden folgen! Haltet die Augen offen! Wir müssen mehr werden!

Karoviertelfest verboten

Das diesjährige Karoviertelfest, das über das Wochenende vom 18.-20.6.2004 stattfinden sollte, wurde von staatlicher Seite kurzerhand verboten. Anliegende Geschäfte erhielten Besuch von der Polizei bei denen ihnen untersagt wurde, sich an dem Fest in irgendeiner Art zu beteiligen. Bei Zuwiderhandlung wurde mit erheblichen Geldbussen gedroht. Zur Vorsorge wurden bereits im Vorfeld 4 Wasserwerfer auf dem Heiligengeistfeld platziert und die einsatzlaufenden Kräfte vor Ort erhöht. Gegen die Person die letztes Jahr angemeldet hatte, läuft nach wie vor ein Verfahren. Dabei wird versucht ihr die Kosten des Einsatzes anzulasten.
Wir lassen uns Feste aber nur ungern verbieten, darum:

Schanzenviertelfest!

....noch ist nichts bekannt über ein Verbot. Als Termin für die Festlichkeit steht Samstag der 28.8.2004. im Kalender. Wie jedes Jahr wieder mit einem großen Flohmarkt, wo alle die Weihnachtsgeschenke des letzten Jahres loswerden können; mit Infoständen die über aktuelle Lagen informieren und einem breiten Rahmenprogramm. Wir sehn uns dann, so oder so....





Dokumentation

Lkw-Aktion "Einmal im Leben pünktlich sein"

An der Räumung und Zerstörung der Lkws war neben den Bullen und dem ADAC auch das Abschleppunternehmen "Schroeder-Hamburg" beteiligt. Schroeder – dessen Abschleppfahrzeuge auch schon im Zuge der Räumung des Bauwagenplatz Bambule eingesetzt wurden – hat mit diesem Großauftrag sowohl an dem Abtransport der Lkw aus der Hafenstrasse, als auch an dem späteren Abschleppen der Fahrzeuge auf die beiden Sammelplätze in Harburg und Wandsbek offensichtlich ordentlich verdient.
In Hamburg hat dieser Betrieb zwei Filialen und Fuhrparks. Der Hauptsitz liegt an der Autobahnauffahrt Allermöhe (A 25) im Dwengerkamp 4. Das Gebäude mit dahinterliegendem, eingezäunten Fuhrpark liegt in einer Sackgasse und ist ein kombiniertes Büro und Wohnhaus in einem kleinen Gewerbegebiet.
Außerdem gibt es eine Niederlassung in der Kieler Strasse 499 an der Autobahnausfahrt Stellingen (A 7). Auch dort stehen die Fahrzeuge hinter dem direkt an der Strasse liegenden Gebäude, allerdings gibt es dort auch Garagen, und innerhalb des gesamten umzäunten Areals befinden sich noch andere Firmen. Einige davon ebenfalls mit Lkws und Abschleppfahrzeugen. Auf Schroeders Fahrzeugen steht immer weiß auf rot "Schroeder-Hamburg" drauf – die anderen gehören nicht dazu.
Seid kreativ – es gibt viele Möglichkeiten, bei einem Fahrzeug einen hohen Sachschaden zu verursachen, sei es Sand im Tank, anzünden, ...

Flugblatt aus der Post

RECLAIM THE COURTROUM

Bericht zum Harkorstraßen-Prozess

Am 13. Mai 2004 begann im Amtsgericht Altona eine neue Kriminalisierungs-Reihe im Rahmen der sozialen Kämpfe um die Bambule. Der Erste der 84 verhafteten Personen wurde des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs angeklagt.

Dieser Tatvorwurf ist das Ergebnis einer symbolischen Platzbesetzung in der Harkortstraße im September 2003. Einige hundert WagenbewohnerInnen und SympatisantInnen fanden sich damals auf einem Grundstück der Deutschen Bahn ein, um auf die anhaltend prekäre Situation von Wagenplätzen in Hamburg aufmerksam zu machen. Zugleich wollten sie ein Zeichen gegen die Einsparungs- und Ordnungspolitik des damaligen Senats setzen, der im Februar diesen Jahres zum größten Teil erneute Bestätigung empfing. Die Aktion endete mit der Festnahme der 84 Menschen, die bis weit in die Nacht festgehalten und von denen 27 sogar erkennungsdienstlich behandelt wurden.
Alle Festgenommenen erhielten mittlerweile einen Strafbefehl mit dem Vorwurf des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs. Beim gleichen Tatvorwurf variieren sowohl die festgelegten Tagessätze zwischen 20 und 40 Tagen, als auch die daraus folgenden Geldstrafen zwischen 200 und 1000 Euro. Auf Widersprüche gegen diese Strafbefehle folgten bereits eine Woche später, d.h. unter Wahrung der kurzmöglichsten Frist, die ersten Prozessvorladungen.
Bei der Repression geht es aber nicht nur um die Menschen, die Bauwagen den Mietwohnungen vorziehen. Ziel ist es vielmehr, konservative Lebensentwürfe zu etablieren und anderen aufzudrängen. Eigenständige, kollektive, soziale und alternative Wohn-, Arbeits-, und/oder Lebensprojekte sollen zerstört oder unmöglich gemacht werden. Jene Momente, die sich nicht für den Wirtschaftsstandort Hamburg verwerten lassen, werden in öffentlichen Diskussionen diskreditiert, um die WählerInnenschaft auf Kurs zu halten und gegen die Formen des politischen Widerstandes zu mobilisieren.

Die Forderung nach Wagenpätzen ist dabei nicht isoliert zu betrachten. Die Widerstände gegen die Hamburger Einsparungspolitik, wie die Auflösung der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP), die Schließung von Fixerstuben und Beratungsstellen oder die Einführung der Kita-Card, stehen dabei in einer Linie gegen die staatlich verordnete Politik der Uniformität und gewinnsuchenden Effektivität.

Im bundesweiten Mainstream wird die Verwirklichung der eigenen Lebensentwürfe nur auf Basis von Kapitalmitteln und Konsum gestattet. Der Sozialstaat wird abgebaut und zum Teil privatisiert; die verstärkten Kontrollen und vermeintlichen Sicherheitssysteme sollen das reibungslose Funktionieren kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse garantieren. Im zunehmenden wirtschaftlichen Leistungsdruck schreitet die Individualisierung voran, beispielsweise im Zusammenhang mit der Ich-AG oder der Selbstkostenbeteiligung im Krankheitsbereich. Solidarität und gemeinschaftliche Kämpfe bleiben ganz im Sinne des Staatsapparates auf der Strecke. Wo sich Widerstand regt, werden finanzielle und polizeiliche Repressionsmittel eingesetzt.
Inzwischen fanden bereits, von der Öffentlichkeit weitesgehend unbemerkt, drei weitere Prozesse statt, die wie der Erste mit einer Verurteilung endeten. Während der Prozesse machten die jeweils vorsitzenden Richter schnell klar, dass trotz fehlerhafter Beweisführung und fehlen eines eindeutigen Strafbefehls, keine Einstellung der Verfahren zu erwarten sei. So konnte in keinem der Prozesse nachgewiesen werden, dass es überhaupt eine Aufforderung zum Räumen des Geländes gegeben hatte, noch konnte eindeutig festgestellt werden, wo und wie lange sich die Verhafteten überhaupt da aufgehalten hatten. Ein Zeuge der Staatsanwaltschaft meinte sogar lapidar, dass mensch ja schließlich wüßte, dass bei Bambule Aktionen nichts anderes zu erwarten wäre, die Verhaftung also eine logische Konsequenz sei.

Zur Erinnerung:
Der Wagenplatz Bambule war am 4. November 2002 trotz rechtlich unklarer Lage aus dem Karoviertel vertrieben worden. Nach der Räumung des Platzes führte Bambule Verhandlungen mit der Stadt, die durch den damaligen Staatsrat Wellinghausen (Partei Rechtstaatliche Offensive) vertreten wurde. Im Gespräch waren mehrere Gelände, die im Besitz der Deutschen Bahn standen. Darunter war auch jenes Grundstück in der Harkortstraße. Nach der unbewiesenen Behauptung, es sei schadstoffbelastet, sowie den Kompetenzrangeleien innerhalb des Hamburger Senats wurde es jedoch als Angebot zurückgezogen. Im April 2003 bot die Stadt dann einen Platz in der Kohlentwiete in Altona an. Dieses Angebot wurde von Bambule mit der politisch motivierten Einschränkung akzeptiert, dass der neue Platz keine Auffangstelle für alle in Zukunft geräumten Wagenplätze werden dürfe. Diese eingeschränkte Zusage wurde vom Senat als "nein" gewertet und damit zum Ende sämtlicher Verhandlungen erklärt. Das zeigt einmal mehr, dass der Senat nicht wirklich verhandlungswillig ist. Dass es bis heute trotz der Bereitschaft der ehemaligen WagenbewohnerInnen keine Fortführung der Gespräche gab und gibt, einem



anderen Wagenplatz aber aktuell der Nutzungsvertrag auf 18 Monate verlängert wurde, zeigt die Strategie des neuen Senats: Mit Teilzugeständnissen und Hinhaltetaktik soll eine "ruhige Lösung" erzielt werden, um letztendlich bis 2006 alle Wagenplätze in Hamburg geräumt zu haben. So wurde der Henriette eine bedingte Fristverlängerung für ihr Platzleben um 18 Monate gewährt. Der Nutzungsvertrag für das Wendebecken in Barmbek läuft am 31. August aus; anschließend droht auch dort die Räumung.
Für den Widerstand gegen die Prozessreihe brauchen wir natürlich dringend Geld, das wir allein mit Solipartys nicht auftreiben können. Unterstützende Geldbeträge bitte auf das folgende Spendenkonto überweisen:
Bambule e.V.
Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20
Kto.Nr.: 79 252 208, Verwendungszweck: Harkortstrasse

T-Shirts mit Bambule-Logo wieder zu haben
Alle Einnahmen gehen in die Hardcore-Prozesskostenkasse (gibts in S, M, L, XL).
Gegen Spende von mindestens 12,- Euro bei:
- Buchhandlung im Schanzenviertel
- Sensisoldier (Schanzenstr.)
- Infoladen (Kl. Schäferkamp 46)

Die nächsten Prozesstermine:

05.07.2004 - 9.15 Uhr
Amtsgericht Altona

09.07.2004 - 10.30 Uhr
Amtsgericht Altona

Aktuelle Infos und die noch ausstehenden Prozesstermine erhaltet ihr auf der Internetseite: www.bambule-hamburg.org

"FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN - SCHÖN, ANDERS UND VIELFÄLTIG!"

»Wir holen gerne mehr raus, als Sie erwartet haben«

· Patrizia Projektentwicklungs GmbH in ihrer Selbstdarstellungsbroschüre

Voraussichtlich im September diesen Jahres wird nach jahrelangem Leerstand ernst gemacht und mit dem Umbau des Wasserturmes im Schanzenpark zu einem Luxus Hotel begonnen. Erste Baumaßnahmen wie das Fällen des Baumbestandes am südlichen Hang sind bereits eingeleitet. Der Ausbau des Wasserturms zum Hotel zum jetzigen Zeitpunkt ist dabei kein Zufall und nicht isoliert zu sehen, sondern eingebunden in eine massive Umstrukturierung der letzten Jahre und die geplante Erweiterung der Messe. Noch 1997 scheiterte ein Hotelbau an den laut Abendblatt »schlimmen Umständen«,»in einem Viertel der Gegensätze, in dem nicht nur kreative Unternehmen sich in sanierten Fabrikgebäuden neben baufälliger Gründerzeitarchitektur angesiedelt haben, sondern wo auch jahrelang Autonome die Ordnungskräfte attakkierten und Dealer ihren dunklen Geschäften nachgingen« (WELT 04). Der folgende Text greift die Auseinandersetzungen der letzten Jahre im Stadtteil auf und versucht, daraus Konsequenzen zu entwickeln für einen zukünftigen Widerstand gegen die Wasserturmnutzung.



Mövenpick in Pole Position

»Wenn Geschäftsleute und Touristen durch den Park in das Hotel gehen und da stehen Dealer und Drogensüchtige herum, sehen wir die nie wieder«, unkte 1997 Hans-Dieter Kolditz als Geschäftsführer der Hotelkette Mercure in Hamburg; »die Stadt muß da was tun oder wir ziehen uns zurück«. Investor und Turmbesitzer Storr hatte ihm zwar zugesichert, dass die Stadt etwas gegen die Zustände im Sternschanzenpark unternehme, denn »Unsere Gäste wollen ja auch mal spazieren gehen«, doch aufgrund der damaligen überregionalen negativen Schlagzeilen um Drogenszene und Krawalle im Viertel zog die Hotelkette ihre Pläne zurück.

Heute, sieben Jahre nach dieser Pleite, scheinen sich die Zeiten für Investoren und HotelbetreiberInnen gebessert zu haben. Mit der internationalen Hotelkette Mövenpick an der Seite der finanzkräftigen "Patrizia Projektentwicklung GmbH" scheinen Dealer und Drogenuser kein Problem mehr zu sein. »Schließlich befindet sich das Schanzenviertel im Umbruch« wie die WELT in ihrer Ausgabe vom 14.02.2004 jubelt: »Wenn der Wandel vom chaotischen Gründerzeitkiez zum schnieken Geschäftsstandort sich fortsetzt, besetzen Patrizia, Storr und Mövenpick mit ihrem Hotel eine Pole Position.«

Seiner historischen Aufgabe ist sich Mövenpick dabei durchaus bewusst. Die Bild-Zeitung zitierte den Mövenpick-Chef Stefan Flury: »Das Hotel wird einen Beitrag dazu leisten, dass sich das Schanzenviertel weiter in die richtige Richtung entwickelt«. Und wieder in der Welt ist zu lesen: "Aus Tourismus, Geschäftsreisenden und Messebesuchern erhoffen sich die Betreiber ausreichende Gästezahlen. »Die Mikrolage des Hotels sehen wir ganz entspannt«, erklärte Flury zur Adresse am Rande des problematischen Schanzenviertels. Der Betreiber setzt auf die Kraft der erweiterten Messe und darauf, dass »das Schanzenviertel ein Quartier im Aufbruch und im Umbruch ist, und dazu wollen wir einen Beitrag leisten«.

Umstrukturierung im Schanzenviertel

Wie dieser Beitrag aussieht, bedarf keiner Phantasie, denn was Mövenpick als Aufbruch und Umbruch ansieht, waren in der Vergangenheit vor allem Dinge, wie die ersatzlose Schließung des Drogenhilfeprojektes und Konsumraumes Fixstern, die allgemeine Verteuerung im Schanzenviertel und die zunehmende Verdrängung ärmerer Bevölkerungsteile durch die gehobene Mittelstandsschicht. Seit Mitte der Neunziger hat eine weitreichende Umstrukturierung stattgefunden. Der Laue Komplex wurde durchsaniert und vor kurzem mit einem Fest eingeweiht, die Piazza ist aufgeschickt und eine massive Polizeipräsenz ist im Stadtteil inzwischen Normalität.

»Die letzten Aktivisten in der Roten Flora plakatieren gegen die "offene Koffein-Szene" auf dem Schulterblatt, die dortige Drogenberatung "Fixstern" wurde trotz dringenden Bedarfs geschlossen, die Hotelkette Mövenpick plant ein 4-Sterne-Hotel im alten Wasserturm im Sternschanzenpark und die Wohnungspreise auf dem freien Markt schnellen in die Höhe. Das Hamburger Schanzenviertel hat eine ebenso rasante wie ambivalente Entwicklung hingelegt: während es noch vor wenigen Jahren vor allem durch brennende Barrikaden in der Nacht zum 1. Mai und andere Formen des "Chaos" auffiel, zogen zur Boomphase der New Economy zahlreiche Werbe- und Internetagenturen in das Viertel. Schnell kamen nach noblen Restaurants und schicken Bars auch die ersten Neubauten hinzu und gleichzeitig setzte das

Sanierungsprogramm der Steg ein. Doch auch die soziale Struktur des Schanzenviertels ist im Wandel begriffen, da sich viele der alteingesessenen Bewohner die Mieten nicht mehr leisten können.«

Diese Analyse der Situation kommt dabei nicht aus dem Flora Info "Zeck" oder ist von "Indymedia" zitiert, sondern von der "DVAG AK Immobilien", die am 26./27. März 2004 eine Exkursion durch die Schanze mit dem Titel »Vom Schmuddelkind zur schicken Kaffee-Szene?« durchführte. Mit dabei waren Gäste wie Martin Brinkmann von der Steg, Jürgen Kolper, Geschäftsführer der Patrizia GmbH, und Vertreter des Imobilienbüros Nugent&Lange vom Laue Komplex . Die Veranstaltung richtete sich u.a. an alle »Interessierte« aus den Bereichen Stadt- und Raumplanung, Immobilienwirtschaft, Freizeit und Tourismus, Kommunalpolitik und Wirtschaftsförderung.

Ganz im Sinne einer von der Steg propagierten behutsamen Stadterneuerung stand allerdings auch Konfliktbewältigung auf dem Programm. Inga di Mar vom Verein Wasserturm Sternschanze durfte Kritisches aus der Sicht einer BI anmerken und Holger Mütze gab einen Einblick in die Arbeit des Jesus Centers. Ausgangspunkt der »Fachexkursion« war jedoch die »geographische Lupe« während die »besonderen Probleme im Viertel« und soziale Konflikte nur am Rande verhandelt wurden. Im Zentrum der Veranstaltung waren »die stadtentwicklungspolitischen, immobilienwirtschaftlichen oder stadtgeschichtlichen Themen«. Einer der Höhepunkte war daher sicherlich der Besuch bei der PR-Agentur Superurban, bei der Geschäftsführer Norbert Nähr »Einblicke in das Schanzenviertel als Standort der Kreativen« gab.

An genauerer Kenntnis über die vermeintlich »letzten Aktivisten« der Flora mangelte es den VeranstalterInnen dann allerdings doch, schließlich blieb der Programmpunkt gemeinsames Abendessen in einem Lokal vor Ort noch offen und sollte erst während der Veranstaltung bekannt gegeben werden. Wer weiß, ob sich sonst nicht ein paar hungrige Mäuler mehr eingefunden hätten und der Schanzen-Safari somit den letzten zeitgemäßen survival Schliff gegeben hätte.

Steg und Stadteilmanagement als Ausgrenzungsinstrument

Den ausgrenzenden Aufschwung im Stadtteil bestreitet heute noch nicht mal mehr die Steg: »Das Schanzenviertel wandelt sich rasant: Junge Firmen aus der Multimedia-Branche bringen Arbeitsplätze in das Szene-Viertel, das Nachtleben floriert.« formuliert diese und macht gleich darauf klar, wo die Probleme liegen: »Auf der anderen Seite breiten sich Drogenhandel- und Konsum aus, Anwohner klagen über zuviel Lärm und Dreck«.

Wie Abhilfe aussieht, machte der von der STEG ins Leben gerufene Lobbyverein der Gewerbetreibenden "Standpunkt Schanze e.V." während der Hochphase der Auseinandersetzungen um die Schließung des Drogenhilfeprojektes Fixstern im Dezember 2003 deutlich: »Die überwiegende Mehrheit der Anwohner ist für die Verlegung des FixSterns.« gab der Vorsitzende Asmus Angelkort das Drogenhilfeprojekt zum Abschuß frei, denn eine Verlegung war zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr vorgesehen. Vom rechtspopulistischen Senat war längst die ersatzlose Räumung angekündigt.

Auf welche empirischen Daten Angelkort seine Behauptung stützte, blieb zwar sein Geheimnis, aber dennoch wurde deutlich, welche Zielgruppe "Standpunkt Schanze" und die Steg vertritt und wie Stimmungen geschaffen werden. Zuerst werden die privaten Geschäftsinteressen von Gewerbetreibenden zum Gesamtinteresse des Schanzenviertels definiert. In einem anschließenden Mediationsverfahren mit rundem Tisch bekommen dann konservative und vorurteilsbelastete Teile der AnwohnerInnen Gehör und werden als Volkes Stimme verkauft, während kritische Stimmen, Obdachlose oder DrogenuserInnen in einer Gemengelage aus Hundekot, Müll und schlechter Straßenbeleuchtung als das eigentliche Problem ausgemacht werden. (aus dem Aufruf "Autonome im Stadtteil" zur Demo vom 19.06.04)

Die fortschreitende Sanierung unter ver-

Stadtteilpolitik

In den siebziger Jahren entwickelte sich mit den Neuen Sozialen Bewegungen in der alten Bundesrepublik eine Praxis in vielen Stadtteilen, die über Selbstorganisierung der AnwohnerInnen funktionierte und zum Ziel hatte, Widerstand zu entwickeln und selbst zur Gestaltung der Lebenswelt beizutragen. Vorrangig ging es darum, Gegenmacht zu erlangen, meist gegen große bürokratische Apparate, die sich häufig genug im ebenso großen Stil durch Kahlschlagsanierungen hervortaten. Die Fronten waren scheinbar klar, und die städtische Planung geriet unter einen immer stärkeren Druck. Spätestens als durch Häuserkämpfe in zahlreichen westdeutschen Städten symbolisch sichtbar wurde, wie die Situation außer Kontrolle geriet, empfahl es sich, neue Konzepte zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund entwickelten sich Begriffe wie "behutsame Erneuerung", "sanfte Sanierung" und "Bürgerbeteiligung". Das Ziel war klar. Grundsätzlich sind Beteiligungsprozesse ein Versuch, Konflikte mit Betroffenen steuerbar zu machen. Der "organisierte Konflikt" kann über frühzeitige Konsenssicherung die Legitimation der getroffenen Entscheidungen erhöhen. Die Beteiligung soll dabei doch – bitte schön – geordnet, in klaren Verfahrensschritten und übersichtlich ablaufen. Müssen sich Stadtteilinitiativen im Rahmen oppositioneller Stadtteilarbeit mühsam Gegenmacht erkämpfen, so wird im Stadtteilmanagement so getan, als hätten sie bereits eine Form von Gegenmacht. Doch in Wirklichkeit weiß keiner genau, wer, was, wann entscheiden kann. Die Gemengelage scheint unübersichtlich und widersprüchlich. Die Situation wird daher gesteuert von gesetzlichen Vorgaben, langwierigenabstrakten Entscheidungsprozessen und dominanten "Expertenmeinungen", die diese beeinflussen. Die einzige Macht, die sich vor diesem Hintergrund entwickeln kann, ist nicht Gegenmacht, sondern eine Beteiligung an den herrschenden Machtstrukturen im Rahmen deren Möglichkeiten.

Zudem orientieren sich diese Formen des Stadtteilmanagements an klassischen, bürgerlichen Mittelschichtstandards. Geordnete Bürgerversammlungen oder Runde Tische, methodisch sauber moderiert, grenzen diejenigen Bevölkerungsgruppen aus, die sich eher ungeordnet und lautstark äußern oder durch Sprachschwierigkeiten und Unsicherheiten gar nicht äußern. Benachteiligten Gruppen stehen solche Foren zwar eigentlich offen, manchmal wird deren Anwesenheit sogar ausdrücklich erwünscht, aber wenn sie erstmal da sind, werden sie aus den genannten Gründen ebenso schnell wieder weggewünscht oder ausgegrenzt und verschwinden wieder. So wird über Bürgerbeteiligung das gehobene Bildungsbürgertum bei Laune gehalten und erhält eine Lobby, während ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen auf Distanz gehalten werden und aus der städtischen Planung weiter ausgeblendet werden.
Die Auswirkungen staatlicher Politik durch Kürzungen von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld, Deregulierung gesicherter Arbeitsverhältnisse, Mangel an billigen Wohnungen und gesellschaftlicher Ausgrenzung werden durch Runde Tische ohnehin nicht aufgehoben. Ein Beteiligungsverfahren ist konzeptionell auch gar nicht in der Lage, Verarmung zu verhindern. Stattdessen werden im Schanzenviertel bunte Schildchen gegen Hundekot medienpräsent als Erfolgsmodell des social sponsoring verkauft. Das hebt die Stimmung, während Schröder gleichzeitig im Rahmen des umstrittenen Hartz-Pakets die Arbeitslosenhilfe weitgehend abschafft und durch Sozialhilfe ersetzt. Gefragt wäre sozialer Widerstand gegen den massiven Abbau des Sozialstaats. Geantwortet wird mit Verweis auf Runde Tische - diesmal im Kanzleramt - und mit dem Blick zum "politisch Umsetzbaren"; also wird weiter über die Farbe der Hundekotkübel diskutiert.

aus "Piazza Bestiale / Eine klassische Dreiecksbeziehung: Zwei Strassenfeste und eine Piazza" 2002 Quelle: http://www.linkeseite.de/Texte/diverses/1112.htm



meintlicher Einbeziehung der AnwohnerInnen wurde von autonomer Seite auch 2002 zur Eröffnung der Piazza am Schulterblatt kritisiert: »Für jeden Tisch, Baum, Strauch, für jede Lebensäußerung soll im städtischen Planungsrahmen Raum geschaffen werden. Alle Lebensrealitäten, die in diesem planerischen Muster keinen Platz finden, werden repressiv verdrängt. Im modernen Stadtteilmanagement erfolgt dies im Mediationsverfahren und Partizipationsgremium. Wer jetzt nur Bahnhof verstanden hat, hat schon mal schlechte Karten bei der Bürgerbeteiligung im Stadtteilmanagement, muss deshalb aber noch lange nicht die Koffer packen. Schlechter sieht es aus, wenn der Geldbeutel schlecht bestükkt ist, denn dann wird man im Behördenjargon schnell zu einer randständigen Gruppe, die den positiven baulichen Veränderungen im Stadtteil im Wege steht. Kein schöner Zug. Aber gut, das wir mal darüber gesprochen haben.«

Die Hamburger Messe als neuer Motor von Aufwertung und Vertreibung

Dass die Schanze auf dem "richtigen" Weg ist, bestätigt auch die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung. In ihrem Jahresbericht 2003 stellt sie fest, dass der Hotelbau im Schanzenpark zeige, dass Hamburg nicht nur als Wirtschaftsstandort für Unternehmen, sondern auch als Touristisches Zentrum Atraktivität besitzt. Schließlich ist die Erweiterung der Hamburger Messe mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 330 Millionen Euro eines der größten aktuellen Hamburger Bauprojekte. Das »moderne, mitten in der Stadt befindliche Messegelände«, so Ole von Beust, sei nahezu einmalig, die wirtschaftliche Bedeutung immens.

Bis Ende 2008 sollen zwischen Fernseh- und Wasserturm sieben neue Hallen entstehen, die für Veranstaltungen nutzbar sein sollen. Der Bau der 11.000 Quadratmeter großen Halle 14 hat bereits begonnen. Dort findet ab 2005 die Gastronomiemesse Internorga statt. Gleich daneben wird die 4.000 Quadratmeter große Halle 15 entstehen, während die Hallen 17 und 18 für 2006 geplant sind. Vorher wird die Lagerstraße, die zum Schanzenviertel führt, allerdings noch Richtung Süden verschwenkt.

Nach Einschätzung von Wirtschaftssenator Gunnar Uldall wurden mit der Entscheidung für den Ausbau der Messe die Weichen für eine positive Entwicklung der Messe gestellt, denn Hamburg sei damit in den nächsten Jahren für den internationalen Wettbewerb gerüstet. »Mit der Neuen Messe haben wir auch eine große Chance für den weiteren Ausbau des Tourismus in Hamburg genutzt. Messebesucher erleben Hamburg fast immer auch außerhalb der Messe - Einzelhandel, Hotels und Gaststätten sind also neben der Messe die Gewinner der Erweiterung.«

Ein neuer Messezugang im Bereich Lagerstraße, eine Anbindung an den U/S-Bahnhof Sternschanze und eine Untertunnelung der Gleise direkt zum Hotel im Wasserturm sind natürlich längst fester Bestandteil in den Planungen von Mövenpick und Patrizia. Patrizia selbst sieht sich mit seinen Planungen dabei »voll im Zeitplan«. Das Hotel bildet somit den Wurmfortsatz der Messe in den Schanzenpark und gliedert diesen als Naherholungsgebiet und weichen Standortfaktor an das Messegelände. Die Bedeutung dieser Entwicklung zum Messebahnhof und direkten Messeinzugsgebiet von Park und Schanzenviertel lässt sich leicht ausmalen. Eine neue Runde der Mietensteigerung, ökonomischen Verdrängung von Teilen der Bevölkerung und vermehrte Vertreibung durch Polizeipräsenz wird spätestens nach Ende der Bauarbeiten eingeläutet werden.

Den Widerstand in den Vierteln organisieren?! Aber wie?

Ein Widerstand gegen das Hotel, der sich schlicht auf vermeintlich gemeinsame Interessen in den umliegenden Stadtteilen stützt, besitzt zwar einigen folkloristischen Charme, ist aber auch zwangsläufig zum Scheitern verurteilt. Zwar ist der Hinweis des Bündnisses gegen das Hotel Wasserturm, »Die Kämpfe um die Rote Flora und die Hafenstraßenhäuser haben gezeigt, dass Widerstand möglich ist«, einerseits richtig, andererseits birgt er aber auch die Gefahr, die veränderten Bedingungen der letzten Jahre nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Klassische Stadtteilkämpfe, die auf ein homogenes Interesse der AnwohnerInnen setzten, mit der Hoffnung, dass diese sich dann im Kampf um die eigenen Interessen politisieren, sind nicht zuletzt auch deshalb in der Vergangenheit gescheitert, weil eine widerspruchsfreie Widerstandsperspektive nicht existiert. Weder im Stadtteil, noch im Anti-Atom Widerstand oder in Antifaschistischer Arbeit. In allen politischen Teilbereichsbewegungen waren engagierte AktivistInnen immer wieder vor die Situation gestellt, dass Staatswilkür und Repressionserlebnisse zwar durchaus individuelle Em
pörung, aber keinesfalls anhaltende Kritik, die in politischer Praxis mündet, hervorufen. Zudem sind die Interessen der KombattantInnen meist breit gelagert und häufig sogar konträr ausgerichtet.

Im Rahmen der Stadtteilpolitik wurde dies Ende der Neunziger im Hamburger Schanzenviertel besonders deutlich. Nach einer Dekade relativ erfolgreicher Kämpfe um die Rote Flora, die Verhinderung der Mehrzweckhalle am Heiliggeistfeld und zahlreicher durchgesetzter Wohnprojekte rückte mit der Drogenauseinandersetzung ein neues Themenfeld in den Stadtteil, das erst mal alles durcheinander warf.

»Was ist in der politischen Arbeit der letzten zehn Jahren schief gegangen, daß es nun so aussieht, als ob sich StadtteilbewohnerInnen, Teile der linken Szene des Viertels und die rechte bürgerliche Presse in einer Allianz mit der Polizei wieder finden?« fragt sich 1998 ein Florist in dramatischer Form und stellt weiter fest »Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des sich seit 1990 für MigrantInnen verschärfenden gesellschaftlichen Klimas und dem forcierten Entzug des öffentlichen Raums für Obdachlose und KonsumentInnen illegalisierter Drogen müssen Handlungsstrategien der Vergangenheit grundsätzlich neu entwickelt werden«.

Andere FloristInnen stellten fest »Wir sehen gegenwärtig im Schanzenviertel eine starke Tendenz hin zu einer Mehrheitsgesellschaft: Während die Mehrheit der Viertel-BewohnerInnen immer mehr in die herrschenden Machtstrukturen integriert wird (z.B. durch Beteiligungsverfahren wie die "AG Umgestaltung Schulterblatt" der STEG), werden bestimmte Minderheiten um so stärker sozial und politisch ausgeschlossen.«

Ausweg schien ein minderheitenorientierter Ansatz in der Stadtteilpolitik, der eine bewußte Abgrenzung von den Mehrheitsinteressen etablierter StadtteilbewohnerInnen suchte und die Repression gegen sogenannte Randgruppen zum Ausgangspunkt seines Handelns machte.

Dieser Schritt bedeutete mehr als nur eine graduelle Veränderung der Perspektiven und Inhalte. Von Seiten autonomer Spektren wurde der Stadtteil als Ort interner Widersprüche entdeckt, der nicht mehr in erster Linie von außen durch Bullen, Nazis oder SpekulantInnen bedroht wurde, und der durch den schlichten Zusammenhalt der Gemeinschaft zu verteidigen war, sondern in dem vorhandene Hierarchien und Herrschaftsmechanismen wesentlich deutlicher als Bestandteil dieser Kämpfe hervortraten.

Mit mehreren Aktionstagen, die sich gegen Rassismus im Viertel und die Vertreibung der Drogenszene richteten und mit direkten Aktionen gegen Platzverweise erfuhr dieser Ansatz eine praktische Ausrichtung. Für kurze Zeit entwickelte sich so eine politische Praxis, die zwar an frühere Aktionen anknüpfte, aber inhaltlich als Antwort auf die veränderten Bedingungen weiterentwickelt war. Allerdings stieß diese Entwicklung nach zwei bis drei Jahren an ihre Grenzen und die aktive politische Einflußnahme im Stadtteil wurde zunehmend seltener.

Mit dem Verlust der politischen Perspektive "Gegenmacht" stellte sich auch zunehmend der Adressat des politischen Handelns in Frage. Zwar gab es z.B. mit dem Straßenfest im Schanzenviertel kontinuierlich auch einen Ausdruck autonomer Politik in den Stadtteil hinein, vom Trend her wurde jedoch eine zunehmend isolationistische Politik betrieben.

Dies führte langfristig zwangsläufig zum nahezu ausbleibenden praktischen Widerstand im Viertel. Aus dem richtigen Ansatz, der Abkehr einer reinen AnwohnerInnen-Interessenpolitik entwickelte sich eine Negation sämtlicher Politik im Stadtteil, zugunsten eines minderheitenorientierten Ansatzes, der in eine reine StellvertreterInnenpolitik kippte, die mangels revolutionärer Subjekte ebenso scheitern musste wie einst der Kampf um das revolutionäre Subjekt Anwohner. Wo neben Solidarität und Kritik die Herausbildung eigener subjektiver Kampfprozesse notwendig gewesen wäre, fehlte ohne diese jegliche politische Durchsetzungskraft .

Unzufrieden mit dieser Entwicklung stellte eine autonome Gruppe im bereits angesprochenen Papier zur Piazzaeröffnung 2002 fest: »Die großen Bauprojekte sind mittlerweile abgeschlossen, die meisten Wohnungen saniert, die Mieten sind teuer, das Bier ist lauwarm. Die Ottensenierung des Schanzenviertels ist heute weitestgehend abgeschlossen und doch stellen wir verblüfft fest: das politische Terrain dieses Stadtteils gleicht weder Ottensen noch dem alten Stadtteil und auch die politischen Identitäten laufen kreuz und quer. Die Schanze ist nach wie vor ein umkämpfter Raum, auch wenn die kulturellen Ausdrucksformen unterschiedlicher, die politischen Ziele undurchschaubarer und die wahrgenommenen Widersprüche unvereinbarer erscheinen.«

Aus dieser Situation ergebe sich die Notwendigkeit von neuen punktuellen, gesellschaftlichen Bündnissen und gemeinsamen Widerstandshandlungen gegen Sozialabbau, Umstrukturierung und Vertreibung.
Subjektive Kämpfe mit dem Blick über den eigenen Tellerand, die allerdings nicht in Bündnissen wie der bürokratischen Parteipolitik zwischen den einzelnen Fraktionen der Traditionslinken geführt werden sollten, sondern in einer Form von einer "Crossover-Politik": »Projekte auf niedrigschwelliger und punktueller Ebene, die sich nicht über identitäre Abgrenzung bestimmen, sondern politische Forderungen entwikkeln.«

Hotel und Messeerweiterung angreifen - Kritik und Praxis im offenem Versuch

Mit den kommenden Auseinandersetzungen um den Wasserturm, bietet sich jetzt die Möglichkeit an autonome Stadtteilkämpfe vor dem Hintergrund der veränderten Bedingungen anzuknüpfen, ohne die Fehler der Vergangenheit wieder aufzuführen.

Dies kann allerdings nur gelingen, wenn der Konflikt nicht als reine Auseinandersetzung zwischen "bösen" HotelbetreiberInnen auf der einen Seite und einer vermeintlichen Gemeinsamkeit von "guten" ParknutzerInnen verstanden wird. Sicherlich ist die Einschränkung der Parknutzung ein zentraler Punkt der Kritik. Ebenso wesentlich ist aber auch die Kritik an der Erweiterung der Messe im Zuge des Konzeptes der wachsenden Stadt, die Kritik an Razzien und Platzverweisen im öffentlichen Raum oder das Aufzeigen von Widersprüchen im Stadtteil selbst.

Die Kritik, die sich bisher am Hotel formierte, war zwar richtigerweise eine ökonomische, sie kam aber selten über die notwendige Kritik an ungleichen wirtschaftlichen Verhältnissen hinaus. Neben den direkten Wirtschaftsinteressen sind es aber insbesondere die abstrakten Verhältnisse und die gesellschaftlichen Verwertungs- und Menschenbilder aus der Mitte der Gesellschaft, die Ausgrenzungspolitik verursachen und Marginalisierung herstellen.

Seit einigen Monaten hat eine neue Runde im Widerstand gegen das Hotel im Wasserturm begonnen. Inhaltlich knüpft diese aber bisher vor allem an Kampagnen der späten achtziger Jahre, oder im Fall der Initiative "SOS-Wasserturm", gar an die BI-Politik der Siebziger an. Entsprechend passiv und zurückhaltend entwickelte sich bisher der Protest. Zwar gab es z.B. mit den Aktionsdonnerstagen »Mövenpick ausräuchern« in der City bereits reizvolle Aktionen, die bestens als Experimentierfeld geeignet wären, den Hotelwiderstand mit Kampagnen, wie den "Innenstadtaktionen" von Ende der Neunziger oder der aktuellen "Hamburg umsonst" Forderung zu verknüpfen, doch fehlte es bisher am organisatorischen Druck für eine erfolgreiche Mobilisierung und kraftvolle Umsetzung. Dasselbe Problem war zur Demo vom 19.06.04 sichtbar, für die kurzfristig und fast stärker außerhalb des Organisationskreises, als von diesem selbst mobilisiert wurde. Auch der Verlauf der Demo war aufgrund einer fehlenden Entschlossenheit eher schleppend und passiv.

Eigene inhaltliche Stellungnahmen aus dem autonomen Spektrum waren bisher leider eine Seltenheit. Die radikale Linke hat den Widerstand, außer der Beteiligung an Demos, bisher zu einem großen Teil aus der Distanz verfolgt und wäre gefordert, sich inhaltlich und praktisch stärker in die Auseinandersetzungen einzubringen.

Denn spätestens nächsten Sommer, wenn der Park zur Großbaustelle geworden ist, wird der anlaufende Protest dort ein Terrain vorfinden, das sich bestens als Bühne zur Kritik der Stadtentwicklungspolitik und des Senatskonzeptes der wachsenden Stadt eignen würde. Eine solche Auseinandersetzung könnte auch die bisherigen Kämpfe um Projekte wie die Rote Flora oder die Wagenplätze aufgreifen und konzeptionell weiterführen.

Patrizia und insbesondere Mövenpick stellen sicherlich Hauptfiguren in diesem Schauspiel dar, die mittels eines Konzeptes der Imagebeschmutzung in einem Konflikt mit hoher Signalwirkung in die Defensive gedrängt werden können. Notwendig ist dabei aber als Perspektive, eine Kritik und Praxis, die alle Facetten von Herrschaftstechniken aufgreift und auch vor dem Infragestellen bürgerlicher Lebensentwürfe und auch linker Gewohnheiten nicht halt macht.

Der Ökonomisierung und Privatisierung des öffentlichen Raumes, mit ihren verbundenen Begleitmerkmalen der Repression und Inszenierung von Mehrheits- und Standortinteressen gilt es hierzu den Kampf anzusagen.

Pampf, Pultur oder Kolitik

Ob mit Grill bewaffnet im Park oder mit Klautasche unterwegs in der City, die möglichen Aktionsformen reichen dabei weit über das klassische Spektrum autonomer Politik hinaus.

Gerade im Umstand, dass es sich beim Widerstand um den Wasserturm nicht um eine klassische Form von Aneignungspolitik handelt, bei der NutzerInnen für ein eigenes Nutzungskonzept streiten, wie z.B. bei

Hausbesetzungen oder Wagenplätzen, liegt die Stärke dieser Auseinandersetzung. Was sich beim Kampf um besetzte Häuser und Wagenplätze nämlich als Widerstreit und Konflikt um ein gemeinsames Kriterium, nämlich des besseren Sinns der Nutzung darstellt, entzieht sich beim Wasserturm der Systemimmanenz und kapitalistischen Logik.

Denn strittig ist zwar die Nutzung des umgebenden Parks, aber nicht das Objekt des Wasserturmes selbst. Es gibt kein realistisches "linkes Konzept" für den Turm, außer Leerstand und den Erhalt als Industrieruine. In einer Zeit aber, in der Stadt, Sozialsystem und Gesellschaft zunehmend ausschließlich unter Verwertungsinteressen betrachtet werden, bietet die Forderung nach Erhalt einer vordergründig nutzlosen Immobilie die Chance auf eine spektakuläre Kritik und Propaganda.

Die Forderung nach Erhalt des ruinenhaften, unbenutzbaren und damit Sinnlosen erscheint in einer Radikalität, die jede noch so fundierte Forderung und Argumentation im Sinn einer besseren, öffentlicheren Nutzung, als bloßen Reformismus dastehen lässt.
Doch auch in der Auseinandersetzung um die Bedeutung des umliegenden Parks liegen Bewegungsspielräume, jenseits eines Naherholungsgebietes und Freizeitbegriffes im kapitalistischen Zentrum. Mehr als das ist der Park bisher nämlich auch ein Ort, der ohne feste Deutung bleibt. Mit dem populären Sommerkino erfüllt das alternative 3001 Kino zwar derzeit eine Vorreiterrolle im Gentrificationprozeß, und mit den Schanzenspielen versucht die Steg den Park als Ort bürgerlicher Nutzungsvorstellungen zu füllen, vollständig gelungen ist dies aber trotz wachsender Polizeipräsenz nicht. Durch die planerisch bisher nicht geregelte Nutzung durch Drogenszene, trommelnde Hippies und grillende MigrantInnen bleibt der Park somit ohne fest definierte Raumordnung und in der Logik der "Unwirtlichkeit" ein gefährlicher Ort in der Topographie der Stadt

Private wirtschaftliche Interessen, die als neue Form der Öffentlichkeit und des Gemeinwohls definiert werden, erschließen zunehmend jene Zwischenräume der Stadt, die bisher als öffentlich galten. Durch Shopping-Malls, die Piazza oder Sicherheitsdienste in Fußgängerzonen wird diese Entwicklung sichtbar. Der ökonomische und daraus folgend der politische Druck steigt, Orte die bisher dem wirtschaftlichen Sinn entzogen waren, einem solchen zuzuführen.
Diese Kämpfe an der Peripherie der früheren Privatheit und Ökonomie vs. wertloser Öffentlichkeit bieten u.a. die Perspektive, öffentliche Räume temporär zu besetzen und diesen einen kulturellen und politischen Ausdruck zu verleihen. Durch die lediglich vorübergehende Aneignung entzieht sich diese Praxis jedoch einem bleibendem Mehrwert für die Stadtentwicklung. Kulturelle Praktiken können damit ein starker Bestandteil des Widerstandes werden, wenn sie sich gleichzeitig der Kommerzialität und einer stadtplanerischen Berechenbarkeit entziehen.

Ob es jedoch wirklich gelingen wird, den Schanzenpark, den Wasserturm und die Messeerweiterung als Orte eines breiten Widerstandes zu entwickeln, ist offen. Die Bedingungen hierzu sind zwar vorhanden, allein am zündenden Funken fehlt es noch. Das Schachfeld steht und die Figuren sind aufgebaut, es liegt an uns, den Tisch umzuwerfen.

AK Rumble in the Jungle



Im Gleichgewicht des Schreckens

Auszug aus dem Buch "umkämpfte Räume" zu den Stadtteilkämpfen in der Schanze gegen das "Phantom der Oper"

[...]
Im Herbst 1988 war ein 30 Millionen Projekt im Schanzenviertel verhindert worden. Doch dieser Erfolg hat der »breiten« Bewegung die Basis entzogen. Statt gemeinsam eine Perspektive für das arg lädierte Flora-Restgebäude und das dahinter liegende Gelände zu entwickeln, verlief sie sich. Übrig blieben die Flora-Gruppe und ein Rest von AktivistInnen. Es wiederholte sich die vielfache Erfahrung sozialer Bewegungen: Wenn ein (Groß-)Projekt als Bedrohung für die eigenen Lebenszusammenhänge erkannt wird, lassen sich viele mobilisieren, es entsteht ein Geflecht zunächst labiler Kontakte zwischen verschiedensten Menschen. Eine »Wir-sitzen-im-gleichen-Boot«-Mentalität gegen das als bedrohlich empfundene Projekt sorgt für eine Dynamik, die bei günstiger Konstellation – so scheint es – Berge versetzen kann. Oder 30 Millionen. Doch am Ende einer Auseinandersetzung bricht die Mobilisierung zusammen – wobei es zumeist egal ist, wer sich durchgesetzt hat. Ein kontinuierliches Engagement größerer Bevölkerungsteile über die unmittelbare Betroffenheit hinaus ist offenbar selten möglich. Im Schanzenviertel war eine paradoxe Situation entstanden: Einerseits wurde durch die Senatsplanungen und die Versuche, sie durchzusetzen, erneut deutlich, daß weniger die Interessen der im Stadtteil lebenden Menschen, als vielmehr standortpolitische Erwägungen die Politik in Hamburg bestimmen. Andererseits hatte der Widerstand im Stadtteil die konkreten Auswirkungen eines Phantom-Projekts verhindert, aber die grundsätzliche Linie der Standortpolitik in Hamburg nicht angreifen können. Folgerichtig glaubten nicht wenige, daß die Verhinderung des Projekts ein Scheinsieg gewesen sein könnte, weil »ein Erfolg suggeriert wurde, der real nicht besteht, aber einzelne Leute ›beruhigen‹ könnte«. So gesehen war man auf den Stand von Januar 1988 zurückgeworfen.

Unausgesprochen gab es allerdings die Hoffnung, mit der Erfahrung des Phantom-Widerstands langfristig eine Mobilisierung gegen eine Sanierungspolitik, die darauf angelegt ist, die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern, zu initiieren. Dieser Ansatz riskierte allerdings, den Fehler der Neuen Linken seit den 70er Jahren zu wiederholen, die glaubte, daß Menschen, wenn sie nur im »eigenen« Stadtteil die Arroganz der staatlichen Vertreibungs- und Sanierungspolitik erlebten, sich sozusagen automatisch zu potentiell revolutionären Subjekten wandeln würden. Das eingangs beschriebene Plakat »Den Widerstand in den Vierteln organisieren« bekam unfreiwillig illustrativen Charakter, denn so einsam, wie der vermummte Mann da vor den Barrikaden steht, waren wohl auch jene, die nicht nur unser Viertel vor dem Unbill eines kommerziellen Großprojekts schützen wollten, sondern hier einen Ansatz für eine antikapitalistische Strategie sahen.
Aber was hieß eigentlich »antikapitalistische Strategie«? Diese Frage wurde während der Phantom-Verhinderung vor allem durch pragmatischen Eifer beantwortet. Die herkömmliche Auffassung, daß sich die Praxis aus der Theorie ergebe, wurde dahingehend modifiziert, daß die Praxis der Theorie eines »Kampfes gegen kapitalistische Verwertungsstrategien des öffentlichen Raumes« voranging. Soweit die theoretische Fundierung in Broschüren und Veranstaltungen in den Jahren 1989/90 nachgeholt wurde, bestand in den Zusammenhängen der autonomen Szene etwa folgender Konsens: Billiger und ausreichender Wohnraum ist ein Menschenrecht; Mietpreise dürfen nicht den profitorientierten Marktgesetzen unterliegen; Wohnen soll in solidarischen und nachbarschaftlichen Strukturen stattfinden können und Möglichkeiten kollektiven Zusammenlebens jenseits der bürgerlichen Kleinfamilie und sozialer Kontrolle bieten; Wohnen und Arbeiten sollen nicht zwangsläufig räumlich getrennt sein; die Diskussion über Inhalt und Umsetzung stadtplanerischer Entscheidungen soll ein offener Prozeß sein, an dem alle Betroffenen teilnehmen können und in dem deren Bedürfnisse Maßstab für die Entscheidungsfindung sein müssen – im Idealfall bis zum Konsens. Dieses noble Programm verdeckte jedoch Konfliktlinien, indem es unterstellte, daß alle (BürgerInnen, Autonome, PunkerInnen) gegen die da oben (PolitikerInnen, Kapitalisten etc.) die gleichen Interessen verfolgten.

Im Gegensatz zu vielen alteingesessenen BewohnerInnen konnten sich Szene-WGs allerdings Altbauwohnungsmieten leisten, die über dem Mietenspiegel lagen und sie haben damit kräftig an der Preisspirale mitgedreht. Sollte der erfolgreiche Abschluß des Studiums nicht für die Finanzierung teuren Wohnraums reichen, boten alternative Wohnprojekte immer noch die Chance langfristig bezahlbaren Wohnens. Und wenn die Sanierung nebst Zuweisung einer Umsetzwohnung für WGs zumeist die lange aufgeschobene Renovierung ersetzte, brachte der gleiche Vorgang für im Stadtteil lebenden MigrantInnen-Haushalte oft handfeste Probleme. Boten geräumige Altbauwohnungen auch für illegalisierte MitbewohnerInnen Platz, richtete sich die Größe der zugewiesenen Umsetzwohnung nach der Zahl der offiziell gemeldeten Haushaltsmitglieder; es konnte also passieren, daß Wohnungen viel zu klein waren – von derlei »Spitzfindigkeiten« war in keinem einzigen Flugblatt etwas zu lesen, das sich um die Vertreibung von Menschen durch Sanierungsmaßnahmen sorgte. Genau genommen haben sich also die weißen deutschen mittelständischen Autonomen verstärkt Sorgen um das Schicksal ihrer weißen ViertelmitbewohnerInnen gemacht. Für wen hat autonomer Kampf gegen Umstrukturierung dann eigentlich Partei ergriffen?

Erfassen lassen sich solche Konfliktlinien mittels des Gentrification-Ansatzes, der einiges für eine kritische Selbstreflektion dieses autonomen Anti-Umstrukturierungskampfes bietet. Zunächst bezeichnet Gentrification den »Prozeß, in dessen Verlauf zuvor verwahrloste und verfallene innerstädtische Arbeiterviertel für Wohn- und Freizeitnutzung der Mittelklasse systematisch saniert und renoviert werden.« Dabei sind sog. Revitalisierer oder Pioniere TrägerInnen dieses Prozesses.

Indem sie die Trennung zwischen Wohnort und Arbeitsplatz aufheben und ihr unmittelbares Wohnumfeld zum Mittelpunkt ihrer Lebensführung machen, können die Pioniere Stadtteilen im Laufe der Zeit ein anderes Gepräge geben: »Ist (...) ein Quartier erst einmal äußerlich und durch die neuen Bewohner auch sozial ›aufgewertet‹, verändert sich sein Stellenwert auf dem Wohnungsmarkt: Die zahlungskräftigeren Yuppies rücken nach, durchmischen die Szene und ziehen kapitalintensive Aufwertungsmaßnahmen nach sich, die weit über die Ansprüche und die finanziellen Möglichkeiten der ursprünglichen Revitalisierer hinausgehen.« Der Amerikaner Neil Smith hat die Theorie der Gentrification in einen sehr interessanten Kontext eingefügt, den er mit dem Begriff der »Grenzideologie« umreißt. Demnach definiert der Prozeß der Gentrification den städtischen Raum, der für die offizielle Stadtplanung und Investoren attraktiv ist. Stadträume zerfallen in Gebiete der Investition und in solche der Deinvestition. »In der Sprache der achtziger Jahre sind Stadt-Pioniere, Stadt-Siedler und Stadt-Cowboys die neuen Helden der städtischen Grenze. Es gibt sogar ›Stadt-Pfadfinder‹, die die potentiell lukrativen Bezirke aufspüren, die ›demnächst fällig‹ sind. Die gentrifizierte Stadt offenbart den Optimismus, die Romantik und die gewinnverheißenden Aussichten der Grenze«. Smith entwickelt diesen Analyseansatz vor dem Hintergrund der Gentrificationprozesse in New York und stellt den Begriff der Grenzideologie in einen Zusammenhang mit dem amerikanischen Mythos der Kolonialisierung des »Wilden Westen«.

Diese Metaphorik wirkt auch in Hamburg, allerdings unter negativen Vorzeichen. O-Ton Springerzeitung Die Welt vom Januar 1991: »Die gewalttätige Subkultur [hat sich] klammheimlich ausgebreitet und kontrolliert faktisch das Schanzen- und Karolinenviertel. Dort geschieht nichts mehr gegen den Willen der ›Stadtteil-Indianer‹. Die WELT dokumentiert, wie begrenzt der Behördeneinfluß geworden ist, symbolisiert an der Bebauung der alten ›Flora‹. Nicht nur, daß sie als Sitz eines zweiten Operettenhauses scheiterte, auch der neue Bebauungsplan läuft nicht. (...) Es gibt ein Areal in dieser Stadt, in der Hamburg nichts mehr zu sagen hat.« Die Grenze ist gezogen, Stadtteilindianer haben ein ganzes Viertel in ihrer Gewalt: Little Big Horn im Schanzenviertel?

Die Wahrheit sieht ein wenig anders aus und läßt sich in Anlehnung an Neil Smith mit dem Bild der »GrenzgängerInnen« so fassen: Autonomer Kampf gegen Umstrukturierung ist dort, wo er z.B. mit militanten Aktionsformen geführt wird, fraglos eine Möglichkeit, Investoren mit ihren Projekten zu Fall zu bringen. Wenn jedoch soziale und kulturelle Vernetzungen der Szene diesen Raum, den der Umstrukturierungskampf möglicherweise eröffnet hat, »besetzen«, ist das der Beginn einer an diese Strukturen anknüpfenden Veränderung, die ursprünglich verhindert werden sollte. Ein Dilemma, das sich auch für das Schanzenviertel nachzeichnen läßt. Der Kampf gegen das Phantom-Projekt hat ein Mammuttheater mit all seinen negativen Folgen wie zunehmender Verkehr, massiver Zuzug überregional orientierten Gewerbes und Mietsteigerungen verhindert.
Langfristig hat die Wohnqualität im Stadtteil dadurch zugenommen – wer z.B. nicht neben einem hingeklotzten Musicalpalast wohnen wollte, der will es sicherlich in einem davon verschonten Viertel. Polemisch zugespitzt formuliert, muß sich autonomer Kampf gegen Umstrukturierung die Frage stellen, ob militante Aktionen nicht nur das Korrektiv einer überhitzten Stadtplanung sind und objektiv lediglich für langsamere und sozialverträglicher organisierte Aufwertungsprozesse sorgen. Indiz für solch einen Mechanismus sind neue städtische Projekt- bzw. Sanierungsträger, in deren Programmen immer von »behutsam«, »kleinschrittig« und ähnlichem geredet wird. Im Hamburger Schanzenviertel ist es die »Stadterneuerungsgesellschaft« (STEG) mit ihrem Glaubenssatz, daß Akzeptanz und Konsens der Beteiligten Grundvoraussetzung sind für die künftige Stadterneuerungspolitik. Der Haken ist, daß bei der »behutsamen« Herstellung von Akzeptanz nicht das, worüber Konsens hergestellt werden soll, in Frage gestellt wird. Nicht die Inhalte der Stadterneuerungspolitik sollen diskutiert werden, nur die Umsetzung darf besprochen werden.

[..]

Quelle:
http://www.rote-flora.de/texte/umkaempfte_raeume.html

FREI RAUM WAGEN !

Geschenkt...

Gibt's im Kapitalismus nix, das ist ja schon lange klar. Aber in letzter Zeit werden massiv und immer mehr die Grundsicherungen gestrichen, die früher mal erkämpft wurden. Rente, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld werden gekürzt, Tarifverträge ausgehebelt, Bildung privatisiert und immer stärker wirtschaftlich ausgerichtet, wofür dann auch noch Gebühren fällig sind. Gleichzeitig steigen die Preise für Grundbedürfnisse wie Wohnen, Essen, Mobilität, Arztbesuche etc. Die Folgen sind eine zunehmende Individualisierung und Verarmung, weil immer mehr Zeit für den Existenzkampf des/der Einzelnen draufgeht.
Und während immer mehr Menschen sich immer weniger leisten können, suggerieren ihnen die Werbung, die Medien und ihre NachbarInnen, dass auch ihr Glück im Besitz der richtigen Statussymbole und Markenidentitäten liegt - die Angst, nicht dazu zu gehören, wiegt bei manchen fast so schwer wie die realen Mängel.

Alle gegen alle

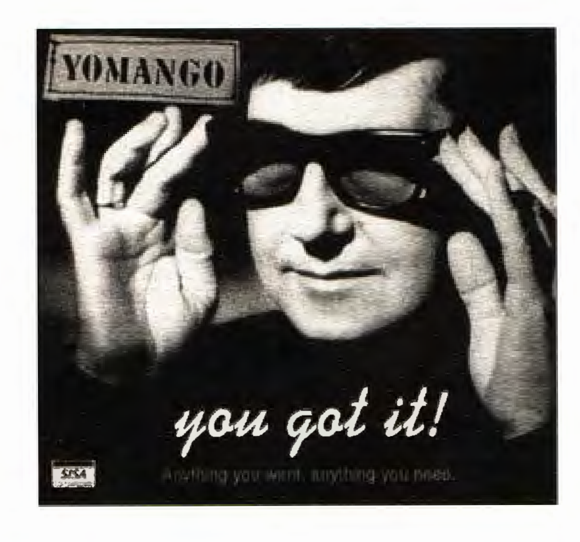
Dabei wird immer wieder der Eindruck vermittelt, dass jedeR für ihre/seine Lage selbst verantwortlich ist: die alleinerziehende Mutter, die mit dem Sozi nicht mehr über die Runden kommt, und deren Schwarzarbeit endlich legalisiert wurde, damit sie ihr mickriges Einkommen auch noch versteuern kann; der Langzeitarbeitslose, der sich einfach nicht richtig vermarktet, RenterInnen, die zu alt werden, DrogenuserInnen, die einfach zu labil sind. Diese abgedrehte Logik soll den Kampf um die Krümel (mehr war eh nie vorgesehen) so stark anheizen, dass nur noch die vermeintlichen KonkurrentInnen fixiert werden, damit nur ja nicht Blick und Wut auf die kapitalistische Verwertungslogik gerichtet werden. So steht nicht nur im Arbeitsleben Ich-AG gegen Ich-AG, und wer aus dem allgemeinen Dauerwettrennen aussteigt, hat gleich schon verloren.
Gegen diejenigen, die bewusst oder unbewusst, mit oder ohne Absicht gegen die Regeln des Systems verstoßen, wird mit verschärfter Kontrolle und Repression vorgegangen. So sind die Waren in Läden und Kaufhäusern immer effektiver gesichert, private Sicherheitsdienste sollen Fußgängerzonen "sauber" halten, vermeintliche DrogenuserInnen werden von einem Viertel zum näxten gejagt und Arbeitszwang ist für viele Soziempfänger-Innen schon Realität. Auch die angebliche Öffnung von Staatsgrenzen verlagert die Probleme nur: zwar können Waren problemlos Grenzen passieren; für MigrantInnen dagegen werden z.B. die EU-Aussengrenzen zur Hochsicherheitszone. Nicht umsonst war eine Bedingung für Polens EU-Beitritt der Bau von neuen Abschiebeknästen an der Ostgrenze.

Luxus? Für alle!

Der Staat behauptet, die BürgerInnen blockierten den Konjunkturaufschwung durch "Konsumverweigerung". Dabei kosumieren wir alle recht gerne – wer will schon hungern oder frieren? Und auch ein kleiner Luxus wie Kino, Konzert, Kaffee kann ruhig hin und wieder mal drin sein.
Die Probleme liegen woanders: Auf der einen Seite die haarsträubenden Produktionsbedingungen, die keine Rücksicht auf die Menschen in den entsprechenden Betrieben oder auf die gnadenlose Ausbeutung von Ressourcen zulassen. Auf der anderen Seite die immer größeren Unterschiede zwischen dem, was sich die einzelnen leisten können.

Selbstorganisation statt Ich-AG

Dabei haben wir alle die Möglichkeit zu entscheiden – nicht nur "was kann ich noch bezahlen?" sondern auch: "das will ich nicht mehr bezahlen."
Indem wir zum Beispiel zusammen einklauen gehen, Schwarzfahren durchorganisieren, leerstehende Häuser und Plätze besetzen, ohne Hemmungen vor Copyrights downloaden und Daten tauschen oder Konzerte und ähnliche Kulturveranstaltungen nichtkommerziell organisieren, können wirgemeinsam Freiräume für selbstbestimmtes und solidarisches Handlen innerhalb des bestehenden Systems erkämpfen und etablieren.



Aneignung

Ein Beispiel für das Aneignen von kollektiven Wohn- und Lebensräumen in Hamburg ist die Bauwagenbewegung. Seit der Räumung der Bambule im November 2002 fanden unzählige Demos und Aktionen in jeder Größenordnung statt. Dabei waren Themen wie Sozialklau, "Sicherheits"wahn oder Ausschlüsse aus dem öffentlichen Raum genauso präsent wie die unnachgiebige Bauwagenpolitik der mehr oder weniger rechten Senate in dieser Stadt.

Und es geht weiter:

Im September 2003 hat die Bambule versucht, das leerstehende Gelände an der Harkortstraße dauerhaft zu besetzen. (Einige Prozesse gegen die BesetzerInnen stehen noch an, mehr dazu bei den Terminen.)

Langsam aber sicher regt sich Protest und Widerstand gegen das Luxushotel im Schanzenpark, dessen Bau eine weitere Verschärfung von Ausgrenzung und Bullenpräsenz in der Schanze mit sich bringen wird.

Der Wagenplatz Henriette hat im März 2004 klar gemacht, den Platz nicht freiwillig zu verlassen, und so immerhin eine befristete

Aussetzung der Räumung erreicht

Mit der Aktion "Einmal im Leben pünktlich sein" haben im April 2004 über 100 bewohnte LKWs und Bauwagen auf der zur Flaniermeile verkommenen Hafenstraße neue Plätze gefordert und sichtbar gemacht, dass es weiterhin massiven Widerstand gegen die Räumung von Wagenplätzen geben wird.

Das wird auch nötig sein, denn die Räumung des Wagenplatzes Wendebecken zum 31.08.2004 ist bereits geplant. Der Platz besteht seit Herbst 1999 und hat einen Mietvertrag mit dem Bezirk Hamburg-Nord, der jedoch bis August befristet ist.
Im Anschluss an die Nutzung durch die WagenbewohnerInnen soll auf dem Gelände eine Grünanlage entstehen. Wie und wann überhaupt gebaut wird und wie die Bebauung des Wendebeckens finanziert werden soll, ist bislang unklar.
Trotzdem war von Seiten des Bezirksamts bislang nur zu hören, dass an dem im Vertrag festgeschriebenen Räumungstermin in jedem Falle festgehalten wird. Gespräche über die Bereitstellung eines Ersatzgrundstücks wurden von vornherein abgelehnt. Auch von Seiten des Senats gibt es keinerlei Aussagen darüber, wie mit dem sich abzeichnenden Konflikt umgegangen werden soll. Genauso unklar ist, was unter der von Ole von Beust wage angedeuteten Liberalisierung des Wohnwagengesetzes zu verstehen ist.
Für uns zeichnet sich ab, dass die CDU-Regierung an der Linie, bis 2006 alle Hamburger Wagenplätze geräumt zu haben, weiterhin festhält und wir mit der Räumung des Wendebeckens ab dem 31.08.04 rechnen müssen. Klar ist, dass wir das nicht hinnehmen werden. Die Wagen und BewohnerInnen können, wollen und werden sich weder bis Ende

August noch später in Luft auflösen. Wenn nicht ein angemessenes Ersatzgelände zur Verfügung gestellt wird, sehen wir keinen Grund den Platz freiwillig zu verlassen.
Um der Forderung nach dem Erhalt des Wendebeckens und aller anderen Wagenplätze Nachdruck zu verleihen, werden wir weitere Aktionen starten und uns mit Initiativen aus anderen Teilbereichskämpfen besser vernetzen. Denn Wagenplätze sind nur ein Teil der Freiräume, die in diesem System möglich gemacht werden müssen. Wir wollen uns in unseren Aktionen stärker aufeinander beziehen- kontinuierlich dem Ziel entgegen: **Alles für alle - und zwar umsonst!**

Wagenplatz Solibündnis

Hamburg: Verfassungsschutz sucht Mitarbeiter!

Wieder einmal ein Anquatschversuch

Am Montag, den 10. Mai 2004, wurde in Hamburg eine Person aus dem linken Spektrum, M., vor der Haustür von einem Unbekannten namentlich angesprochen. Der Unbekannte stellte sich sofort als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes (VS) vor, er würde sich mit M. gerne bei einer Tasse Kaffee unterhalten. Anhand einiger Fakten legte er dar, über M.s Privatleben informiert zu sein. Er sei auf der Suche nach verlässlichen Quellen für den nächsten Verfassungsschutzbericht, speziell zu den Themen Bambule und Antifa. Dabei ginge es ihm nicht um spezielle Aktionen und Straftaten, sondern eher um allgemeine Einschätzungen der "Szene". Anschließend ließ er durchblicken, daß "der Aufwand sich finanziell lohnen" solle. M. nahm die Visitenkarte des VSlers entgegen, danach verabschiedeten sich die beiden mit der Absprache, M. würde sich evtl. melden.
Der Mitarbeiter des VS war ca. 1,90m groß, hatte gräulich-dunkle Haare und war eher leger gekleidet (Jeans und Pulli). Nach eigenen Angaben ist er 45 Jahre alt, verheiratet und Vater einer 16jährigen Tochter. Wie so oft wurde auch in diesem Fall versucht, über vermeintlich gemeinsame Interessen (hier Fußball und speziell der FC St. Pauli) ins Gespräch zu kommen.

Was will der VS?

Während Politbullen in der Regel darauf aus sind, konkrete Informationen über Zusammensetzung und Aktionen unserer Zusammenhänge zu kriegen, um aus ihnen Konstrukte bilden zu können, die sie gegen uns verwenden wollen, verfolgt der VS vornehmlich das Ziel, einen detaillierten Gesamtüberblick über den linken Widerstand zu bekommen. Er soll durch seine Analysen und Prognosen dazu beitragen, die geeignetsten Mittel des Repressionsapparates zur Sicherung der herrschenden Verhältnisse herauszufinden. Auf der Grundlage der Erkenntnisse des VS entscheiden die StrategInnen der "inneren Sicherheit", ob versucht werden soll, den Widerstand entweder durch Kampagnen, Integration, Spaltung oder Zerschlagung zu brechen.
So kümmert sich der VS nicht um die Errichtung irgendwelcher personenbezogener Straftatkonstrukte, sondern vielmehr um die politische Arbeit, die von unseren Zusammenhängen gemacht wird. Er ist dabei ständig bemüht, diese Arbeit zu bewerten und vorauszusehen, inwieweit sie die herrschende Ordnung gefährden könnte. Dafür hält es der VS für notwendig, alle möglichen Interna, Diskussionen und Funktionen von Leuten aufzuzeichnen und nachvollziehen zu können.

Natürlich gibt es aber trotz der unterschiedlichen Aufgaben einen regen Informationsaustausch zwischen Bullen und VS und über das gesetzlich erlaubte hinaus auch eine informelle Koordination und enge Zusammenarbeit wenn es um ein gemeinsames Ziel geht, bspw. die Kriminalisierung eines bestimmten Zusammenhanges oder Projektes.

Der VS bedient sich verschiedener Arbeitsweisen, beispielsweise:
Auswerten von öffentlich zugänglichen Quellen wie Flugblättern, Broschüren, Zeitschriften und Veranstaltungen
Informationsbeschaffung bei (dazu verpflichteten) staatlichen Institutionen wie Uni, Schule, Amt usw.
aber auch Anfragen bei ArbeitgeberInnen, Familie, Freunden und Bekannten
Einsatz von Spitzeln bzw. Under-Cover-BeamtInnen

Bei den Anwerbeversuchen ...

Der VS versucht auch kontinuierlich, InformantInnen durch das Anwerben von Leuten aus unseren Zusammenhängen zu gewinnen.
Der VS sucht sich die Leute, die er ansprechen will, genau aus und bringt im Vorwege einiges über sie in Erfahrung. So kann er die Umstände und die Taktik des Anwerbeversuches genau auf die Person anpassen, Ort und Zeit bestimmen und den Verlauf vorausplanen. Der Überraschungseffekt im Moment der Kontaktaufnahme ist für Dich um so größer. Meist wirst Du in einer scheinbar x-beliebigen Situation auf der Straße angesprochen, aber auch Hausbesuche und seltener Telefonanrufe oder Briefe gehören zu ihrem Programm.
Die Gesprächsstrategie ähnelt dabei der Verhörtaktik der Bullen. Zum einen versuchen sie Dich verschiedenartig unter Druck zu setzen. Sie nennen beispielsweise anstehende Verfahren, interne Erkenntnisse über Dich und Deine Umgebung oder andere Umstände, von denen sie meinen, daß sich Dich erpreßbar machen. Dabei können sie mit Drohungen, Handgreiflichkeiten oder falschen Versprechungen agieren.
Zum anderen sind sie darauf aus, das Gespräch durch vermeintlich belanglose Themen und einfache, plumpe oder lächerliche Fragen aufrechtzuerhalten. Sie reden über Hobbys, Arbeit und Privates, vermeiden Reizwörter, benutzen Szenevokabular. Dabei versuchen sie immer wieder, auf die für sie interessanten Bereiche zu lenken, stellen hier weniger Fragen, sondern treffen Feststellungen, wollen mit Dir ein gegenseitiges "Zweckbündnis" eingehen und stellen andauernd rhetorische Fallen. Je länger dieses Gespräch dauert, desto mehr Informationen kriegen sie aus Dir heraus. Sie sind geschult und können aus eigentlich bedenkenlosen Äußerungen oder plötzlichem Schweigen, minimalen körperlichen Reaktionen, Mimik und Gestik bereits Erkenntnisse gewinnen, die sie auch verwerten können. Deine Konsequenz sollte deshalb nur eine sein:

... Maul halten

und den Kontakt sofort abbrechen. Es ist ein grundsätzlicher Fehler, sich auf Gespräche mit dem VS einzulassen. Es wird kaum möglich sein, irgend etwas Interessantes aus diesen Leuten herauszubekommen und wenn, nur unter Preisgabe viel gewichtigerer Sachen für sie. Wir sollten diese Anquatschversuche genauso bewerten wie Angriffe von Bullen und Justiz. Durch ihre Arbeit als Teil des Repressionsapparates beteiligen sie sich an der Kriminalisierung und Zerschlagung linken Widerstandes. Zumal die Anquatschversuche aktiv dabei mitwirken sollen, Leute zu lähmen, einzuschüchtern und mit Repression zu bedrohen.
Das einzig richtige Verhalten, diesen geheimdienstlichen Tätigkeiten entgegenzutreten, ist die Öffentlichkeit zu suchen. Rede mit vertrauten Leuten darüber, fertige ein Gedächtnisprotokoll an, und überlege Dir gemeinsam mit anderen, diesen Versuch zu veröffentlichen. Informiere Gruppen, die inhaltlich dazu arbeiten (Rote Hilfe, Ermittlungsausschuß u.a.).
Der Verfassungsschutz ist ein staatliches Instrument, das den Repressionsorganen zuarbeitet und allein aus diesem Grund kein Gesprächspartner für uns!

Solidarität mit den Betroffenen!
Macht Anwerbeversuche öffentlich!
Keinerlei Zusammenarbeit mit VS und Bullen!

Freedom Of Movement

Anti-Lager-Action-Tour 20. August bis 05. September 2004

Anders als in den letzten sechs Jahren wird es in diesem kein Grenzcamp geben. Dafür gibt es die Anti-Lager-Action-Tour – eine Kombination aus Karawane und Grenzcamp. An sechs Stationen werden Ausreisezentren, Heime und Abschiebeknäste angetourt.

Aufruf zur Beteiligung an der bundesweiten Auftaktdemo der „Freedom of Movement – Anti-Lager-Action-Tour against Deportation and Exclusion" sowie zur Beteiligung am Widerstandscamp bei Bramsche-Hesepe

Jedes Jahr werden in Deutschland annähernd 50 000 Menschen durch den BGS abgeschoben. Die regressive Asylpolitik wird europaweit angeglichen. Europa ist schon jetzt eine Festung, deren Außengrenzen für Flüchtlinge immer schwerer zu überwinden sind. Menschen sterben beim Versuch, diese Grenzen zu überwinden und schaffen sie es doch, so droht ihnen in den Staaten der Europäischen Union und somit auch in der BRD, ein langjähriger Aufenthalt in Ungewissheit um die Zukunft, immer häufiger werden Flüchtlinge dazu in Abschiebelagern interniert.

Ursachen

Die Wurzel dieses staatlichen Rassismus liegt in der kapitalistischen Verwertungslogik. Menschen werden in erster Linie nach ihrem kapitalistischen Nutzen beurteilt. Während zum Beispiel hochqualifizierte IT-SpezialistInnen willkommen sind, sind nicht so gut ausgebildete Menschen in der Regel unerwünscht. Eine wesentliche Ursache für das Elend in den Heimatländern vieler Flüchtlinge stellen die Machenschaften der Industrienationen dar. Die Wirtschaftspolitik der führenden Wirtschaftsmächte ist es, welche Armut forciert. Und Armut ist es, welche als Krisenpotential Nummer Eins einen ganzen Rattenschwanz negativer Folgewirkungen hinter sich herzieht (Hunger, militärische Konflikte, mangelnde Bildung, Krankheiten, Vertreibung, etc.).

Globale Wirtschaftspolitik verläuft nach einseitigem Interesse. In Europa zum Beispiel werden Agrarmärkte milliardenschwer subventioniert, damit diesbezügliche Produkte auf dem Weltmarkt einen Vorteil gegenüber Waren aus der „3. Welt" haben. Gegenüber bestimmten Gütern (zum Beispiel Textilien) werden von den Industrienationen so horrende Zölle erhoben, dass eine Einfuhr aus den „3. Welt-Ländern" kaum möglich ist.
Im Gegenzug jedoch werden Trikontländern harte Strafen und Kreditkürzungen angedroht, öffnen sie ihre Grenzen nicht für Waren bzw. Konzerne aus den Industrienationen. Wenn Menschen unter diesen Zuständen leiden und ihr natürliches Recht in Anspruch nehmen und der Misere entfliehen wollen, sind die Außengrenzen Europas dicht.
Ausbeutung ja, Einreise nein, lautet das Motto, und es ist Teil der ungerechten Weltwirtschaftsordnung. Stattdessen müssen globale Lebensbedingungen entwickelt werden, die einen gerecht verteilten Wohlstand überall auf der Welt schaffen. Nur dann wird es keine Grenzen mehr geben, die den reichen Teil der Welt gegen den armen Teil abschotten.

Es gibt keine Flucht aus wirtschaftlichen Gründen

Dass Menschen aus Gründen politischer oder religiöser Verfolgung bzw. aufgrund militärischer Konflikte fliehen, ist auf den ersten Blick auch nach deutschem Asylrecht selbstverständlich. Aber auch jede Flucht, die wegen fehlender Lebensperspektive aufgrund von Armut und Hunger geschieht, ist aus den vorgenannten Gründen politisch. Armut offenbart keine Perspektiven, Armut tötet, und doch werden diese Menschen abgewiesen, es wird das Scheinargument der Flucht aus „wirtschaftlichen Gründen" geschaffen, mit dem die Flüchtlinge in Europa und somit auch in der BRD kein Recht auf Asyl erlangen.

Die Schwächsten der Schwachen werden als „Schmarotzer" tituliert, welche unsere Gesellschaft ausnutzen wollen. Vor dem Hintergrund des tagtäglichen Gejammers über die Zukunfts- und Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland erscheint es vielen Menschen als ganz normal, ja sogar als positiv, wenn restriktive Regelungen für Menschen nicht-deutscher Herkunft verabschiedet werden.
Diese Politik ist in hohem Maße rassistisch, sie entsolidarisiert die Menschen verschiedener Nationen. Sie führt dazu, dass Menschen ausländischer Herkunft als „gesellschaftsschädlich" bezeichnet werden können, als Menschen, die den eigenen Wohlstand gefährden.

Situation

Nur die wenigsten Flüchtlinge erreichen überhaupt die Außengrenzen Europas. Die meisten Flüchtlinge weltweit bewegen sich in den armen Ländern der Welt. Es sind die ärmsten Länder, die die meisten Flüchtlinge aufgenommen haben. Vor allem Frauen mit Kindern haben kaum eine Chance, die reichen Länder zu erreichen. Niemand begibt sich freiwillig auf die Flucht. Jedem Menschen fällt es schwer, die angestammte Heimat, die Familien, die eigene Kultur zu verlassen.
Aber auch die wenigen, die es tatsächlich schaffen, die Außengrenzen Europas zu überwinden, haben es nicht leicht. Sie leiden unter staatlich unterstützter gesellschaftlicher Fremdenfeindlichkeit und haben, solange über ihren Asylantrag beschieden wird (was schon mal einige Jahre bis Jahrzehnte dauern kann), kein Recht auf Arbeit oder auf Bewegungsfreiheit. Durch die so genannte Residenzpflicht der BRD, welche einzigartig in Europa ist, müssen Flüchtlinge, deren Asylantrag läuft, eine Genehmigung beantragen, wenn sie ihren Landkreis verlassen wollen. Diese Genehmigung wird oftmals nicht erteilt. Wird gegen diese Residenzpflicht verstoßen, drohen Geld- oder Gefängnisstrafen, bis hin zur Ausweisung.

Die Flüchtlinge hierzulande sehen sich rassistischen Verfolgungen der Behörden ausgesetzt. Die BRD wurde bereits mehrere Male vom Europarat und den Vereinten Nationen wegen Polizeibrutalität kritisiert. Rassistische Polizeigewalt ist hierzulande alles andere als eine Ausnahme. Die bekannten Übergriffe haben zu unterschiedlich schweren Verletzungen bis hin zu Todesfällen geführt. Am bekanntesten ist in der Öffentlichkeit der Fall von Aamir Ageeb, der bei seiner Abschiebung durch BGS-Beamte zu Tode kam.

Die materiellen Möglichkeiten der Flüchtlinge in der BRD sind minimal. Das den Flüchtlingen zur Verfügung stehende Geld liegt weit unter dem Sozialhilfesatz. Oftmals erfolgt eine Auszahlung sogar nur in Form von Gutscheinen oder Naturalien (bis auf ein sehr geringes „Taschengeld"), was den Flüchtlingen sogar die Autonomie nimmt, ihre Lebensmittel selber auszusuchen.

Sich einen Anwalt zu nehmen ist aus Kostengründen für AsylbewerberInnen auf herkömmlichem Wege unmöglich, der dringend benötigte Rechtsbeistand kann somit in der Regel nicht erfolgen.

Die Unterkunftsmöglichkeiten in den Flüchtlingslagern sind katastrophal, nicht selten teilen sich sechs oder mehr Leute über Jahre ein Zimmer. Noch wird von der Möglichkeit der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen in den Städten und Gemeinden Gebrauch gemacht, allerdings immer weniger, obwohl diese Art der Unterbringung kostengünstiger ist, als der Betrieb von Lagern. In Niedersachsen zum Beispiel ist angestrebt, Flüchtlinge nur noch in Lager unterzubringen. Und das hat einen politischen Hintergrund: Die Lager werden bewusst weit von der einheimischen Bevölkerung eingerichtet, ein Kontakt soll nicht stattfinden, Flüchtlinge sollen am Leben hier nicht teilhaben können. Und zu oft haben sol-

che Kontakte zu Bleiberechtskampagnen geführt, denn auch hier gibt es immer noch genug Menschen, die, wenn sie erst mal die Geschichte der Flucht gehört haben, nicht einsehen können, warum ihre Nachbarn in Hunger, Folter oder Tod abgeschoben werden sollen.

Ja ... und wenn dann, wie in den meisten Fällen üblich, negativ über den Asylantrag beschieden wird, droht die sofortige Zwangsausreise oder bis zu deren Vollstreckung die Haftunterbringung in einem Abschiebeknast. Diese „Sicherungshaft“ kann sich über ein halbes Jahr hinziehen. Der psychische Druck, welcher auf den Flüchtlingen lastet, ist enorm, drohen doch in ihren Heimatländern oftmals Folter, Tod oder Krieg, mit Sicherheit aber Perspektivlosigkeit. Die katastrophale menschenunwürdige Situation der Flüchtlinge führt immer wieder zu Suizidversuchen.

Aber nicht alle Flüchtlinge können trotz nicht gewährtem Asyl abgeschoben werden und müssen aus den verschiedensten Gründen „geduldet“ werden. Gerade diese Menschen sollen mehr und mehr in Deutschland und in ganz Europa in Abschiebelagern interniert werden. Damit schließt sich die Lücke im System von nicht gewährter Einreise und Abschiebung. In Deutschland erhalten diese Lager ihre gesetzliche Grundlage als so genannte „Ausreiseeinrichtungen“ im neuen „Zuwanderungsgesetz“. Anders als in den Abschiebeknästen kann die Aufenthaltsdauer in den Lagern unbegrenzt sein. Die Flüchtlinge werden massiv unter Druck gesetzt, aktiv bei ihrer Deportation mitzuhelfen (zum Beispiel durch Beschaffung von Ausreiseunterlagen). Tun sie das nicht, werden ihnen auch noch die letzten Rechte verweigert, sie haben nur noch die Wahl zwischen einem unbegrenzten Aufenthalt im Lager mit nur drei Mahlzeiten am Tag oder der Ausreise. Immer mehr Flüchtlinge begegnen dem, indem sie in die Illegalität untertauchen, was durchaus auch politisch gewollt ist.
Situation im Abschiebelager Bramsche-Hesepe
Das Abschiebelager in Bramsche-Hesepe ist, im westlichen Niedersachsen liegend, nicht nur ein Eckpfeiler dieser Politik, es hat darüber hinaus Modellcharakter für das, was an menschunwürdiger Unterbringung möglich ist.

Die Situation in Bramsche-Hesepe ist, wie in vielen anderen Lagern auch, miserabel. Das Lager befindet sich gänzlich abgelegen von der einheimischen Bevölkerung, zu der ein Kontakt kaum möglich und nicht erwünscht ist. Auch die ca. 50 Kinder, die in dem Lager untergebracht sind, sollen das Lager noch nicht einmal für den Schulbesuch verlassen, dafür wurde nun eine Lagerschule eingerichtet.

Die medizinische Versorgung der MigrantInnen ist mangelhaft. Die oftmals durch Folter und Krieg stark traumatisierten Flüchtlinge erhalten in der Regel keine psychologische Betreuung, und auch andere Facharztbesuche sind erst nach langen Auseinandersetzungen möglich.

Bei der Verpflegung wird kaum Rücksicht auf kulturelle Vorlieben bzw. Abneigungen genommen. Die Unterbringung ist katastrophal, ein 16-Quadratmeter-Zimmer müssen sich bis zu vier Personen oder ganze Familien teilen, eine Privatsphäre ist somit nicht möglich.

Eine Rechtsberatung sieht das Konzept des Lagers nicht vor. Stattdessen gibt es die so genannte „Rückkehrberatung“. Entscheidend dabei ist, dass es sich bei den in Bramsche-Hesepe untergebrachten Flüchtlingen keineswegs um abgelehnte AsylbewerberInnen handelt, die „ausreisepflichtig“ sind. Fast alle Flüchtlinge haben erst kurz vor der Einweisung in das Lager ihren Asylantrag gestellt. Die Einweisung findet ausschließlich aufgrund der „Prognoseaussage des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“ statt, die allein aufgrund der Herkunftsländer „keine Perspektive für einen dauerhaften Aufenthalt“ erkennt. Mit dieser Praxis wird selbst der letzte Rest des deutschen Asylrechts ausgehebelt, das immerhin nach seinem Text eine individuelle Prüfung der Asylgründe vorsieht.

Mit 550 Insassen als größtes Abschiebelager Europas ist dieses Lager ein zentraler Baustein in der rassistischen und repressiven Ausländerpolitik der BRD. Deshalb ist es besonders wichtig auch in der Abgelegenheit des ländlichen Raumes gegen diese Politik vorzugehen und sich zahlreich an der Auftaktdemonstration und den Camps – besonders auch in Bramsche-Hesepe – der „Anti-Lager-Action-Tour“ zu beteiligen.

Wir wenden uns entschieden gegen das Universum der Lager und Knäste in der BRD und in Europa, das Ausdruck einer Politik sozialer Ausgrenzung ist.

Wir fordern:

- Abschaffung der rassistischen Sondergesetze, wie zum Beispiel der Residenzpflicht!

- Schließung der Lager und Abschiebeknäste! Selbstbestimmte, menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge!

- Uneingeschränktes Recht auf Asyl und Teilnahme am Leben in Deutschland, dazu gehört neben dem Recht auf Arbeit auch das Recht auf Bildung!

- Schluss mit der Unterstützung der korrupten und diktatorischen Regierungen des Trikonts durch die BRD!

- Veränderte Wirtschaftspolitik, gerechter Handel und massive Unterstützung beim Aufbau besserer Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge!

- Für Freizügigkeit und Selbstbestimmung überall!

Hoch die internationale Solidarität!

Avanti! Osnabrück
Karawanegruppe Osnabrück
LiVe (Linkes Vechta)

Tourtermine

20. bis 24. August 2004
Camp in Bramsch (mit Tagesaktion in Neuss)

25. August 2004 Hannover

26. August 2004 Halberstadt

27. bis 30. August 2004
Camp in Parchim-Tramm

1. September 2004 Berlin

2. - 5. September 2004
Camp in Eisenhüttenstadt

Für Bewegungsfreiheit, gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung

Die Anti-Lager-Tour in Deutschland beginnt am 20. August und dauert bis zum 5. September 2004.

Wir fordern die Schließung aller Internierungslager, aller Lager, aller Abschiebegefängnisse und Abschiebezentren und wir verlangen die Abschaffung des Residenzpflichtgesetzes.

Millionen von Menschen in der ganzen Welt starben unter der kolonialen Expansion als Folge der Ausbeutung ihres Reichtums und ihrer natürlichen Ressourcen. Heute sind wir mit dem Problem der neokolonialen Globalisierung konfrontiert, der kapitalistischen Maschinerie des globalen Handels und der Militarisierung der Grenzkontrollen.

Das Lagerregime und die Militarisierung der Grenzen werden jetzt sogar intensiviert durch die Vorverlagerung jenseits Europas an die Länder und Kontinente, aus denen die Flüchtlinge und MigrantInnen kommen. Die westlichen Länder haben ihre rigide Politik gegenüber MigrantInnen im Allgemeinen vorangetrieben, einschließlich derjenigen, die wegen Verfolgung und wegen ihrer Solidarität gegenüber den Unterdrückten fliehen.

Die Mehrheit der Flüchtlinge und MigrantInnen in Europa wird stigmatisiert, verfolgt und sozial ausgegrenzt.
Viele Flüchtlinge und MigrantInnen werden getötet oder ertrinken im Meer bei ihrem Versuch die reicheren und sichereren Länder zu erreichen. Diejenigen, die überleben und die Grenzen erreichen, werden von den europäischen militärischen Grenzkontrollen in Lager gesteckt.
Die Flüchtlinge werden zunächst in der ZAST (Zentrale Aufnahmestelle) zusammengepackt, dann in Asylheimen und später in unmenschlichen Lagern, Abschiebezentren und Abschiebegefängnissen. Sie sind ständig mit rassistischen Kontrollen konfrontiert und unentwegt von Abschiebung bedroht. In Deutschland werden Flüchtlinge durch das Residenzpflichtgesetz kriminalisiert, das ihren Bewegungsspielraum auf den zugewiesenen Landkreis beschränkt.

In den letzten Jahren hat das deutsche Abschieberegime den Neueintritt von Flüchtlingen nach Deutschland erfolgreich reduziert, während die Politiker andererseits die ständigen Massendeportationen und die soziale Ausgrenzung von Fremden fördern.

Die Lagerkultur des Abschieberegimes erzeugt Gewalt, Terror, Vorurteile, Dummheit, Hass, Ignoranz und Fremdenangst, einschließlich der Furcht der Öffentlichkeit vor MigrantInnen. Segregation und Isolierung setzen sie Diskriminierung und Ausbeutung, Terror, Folter, sexualisierten und/oder rassistischen Attacken und Entmenschlichung aus. Lager bedeutet den systematischen Missbrauch von Fremden durch die Repression des Staates um Flüchtlinge und MigrantInnen zu verfolgen und ihre Bewegungsfreiheit gegen ihren Willen einzuschränken.

In den letzten zehn Jahren haben Flüchtlinge mehr als jemals zuvor gegen das Lagerregime protestiert und mehr noch gegen die inhumanen Unterbringungsbedingungen in Wäldern, ehemaligen Militärbaracken, Industrielagern und Containerschiffen.
Flüchtlinge kämpften für die Schließung des Lagers in Zittau, der Containerschiffe in Bremen, des Lagers in Saalfeld, der Wald-Heime in Tambach-Dietharz und Jena Forst (alle Thüringen) und des Dschungel-Heims Parchim in Mecklenburg-Vorpommern, selbstverständlich mit der Unterstützung von Nicht-Flüchtlingen und mehr noch mit Hilfe des Widerstands der Bewohner.

Wir werden den Kampf der Flüchtlinge und die Kampagne des bekannten nigerianischen Flüchtlings Akubuo Chukwudi in Parchim gegen Lager und rassistische Polizeikontrollen, Polizeibrutalität, soziale Ausgrenzung, Residenzpflicht und Abschiebung. Sein Engagement in Parchim inspiriert auch die Flüchtlinge in Tram zu ihren Protest gegen das Lager dort.





Die Flüchtlinge sind gegen das Zuwanderungsgesetz Otto Schilys, das die Migrationskontrolle zum Zwecke des "Braindrains" und der Selektion auf Kosten der MigrantInnen vorantreibt, indem die Lagerunterbringung und Abschiebungen von Flüchtlingen und MigrantInnen intensiviert werden.

Flüchtlingsaktivisten werden die Anti-Lager-Tour 2004 gegen Lager und Abschiebegefängnisse in Neuss, Bramsche, Hannover, Halberstadt, Tram und Eisenhüttenstadt und weitere innerhalb Deutschlands mitorganisieren. Während der Tour wird ein Schwerpunkt auf bedeutende Anstrengungen des Flüchtlingskampfes gelegt werden.

Solidarität beginnt zu Hause! Wir rufen alle Flüchtlinge und MigrantInnen auf, die sich der Solidarität mit den Unterdrückten auf der ganzen Welt verpflichtet sehen, die koloniale Dominanz und Ausbeutung unserer Heimatländer durch den Westen öffentlich zu verurteilen, einschließlich der Kriminalisierung und Diskriminierung hier.

Wir rufen alle Deutschen auf, aufzustehen und für eine offene Gesellschaft zu kämpfen und mit uns die Last der unterdrückten Menschen zu teilen, hier, in konkreter Solidarität und ohne irgendeine Form der Diskriminierung. In Solidarität sind unsere Kämpfe für Befreiung miteinander verbunden!

Wir werden in Solidarität miteinander handeln um gegen Lager, den permanenten Kontrollzustand und gegen die Abschiebungen zu protestieren.
Unsere Autonomie ist unsere Selbstorganisation, unsere Solidarität, unsere Bewegungsfreiheit und unser Widerstand gegen Lager, Abschiebung, soziale Ausgrenzung und Migrationskontrolle.

Kein Lager hier oder anderswo! Keine Abschiebung! Werde ein Aktivist!
Schweigen wird niemanden schützen. Bewegungsfreiheit ist für alle! Wir sind hier und werden kämpfen.

Es wird Demonstrationen, Diskussionen, Direkte Aktionen, Festivals, Theater, Musik, Kunst, Ausstellungen, Filme etc. geben.

The Voice



rote flora im juli / august

Do 01.07. 21h	**Chiapas Info & Vokü** **Vortrag über die Situation in Chiapas (Mexiko) von der B.A.S.T.A.-Gruppe aus Münster (mit Vokü)**
Fr 02.07. 20h	**HC Gig** **DEAD MANWALKING (www.dead-man-walking.com) / GREYLINE (www.greyline.tk) /SURE SHOT (www.sureshothardcore.com)** **Einlaß: 20 Uhr / Beginn: 21**
Sa 03.07. 21h	**"Solidarisch gegen Kriminalisierung"** **Soli-Party für die AG Sozialer Ungehorsam** **Mehrere Floors:Drum'n'Bass, Elektro, Techno, Reggae, HipHop** **Hauptbühne: diverse Bands (achtet auf Flyer etc.)**
Do 08.07. 21h	**Barra Head & Überraschungsgäste** **Indie Gitarren aus Kopenhagen**
21h	**Infoabend zur Wasserprivatisierung** **Vortrag über die Wasserprivatisierung Referentin: Infoladen Frankfurt/Exzess**
Sa 17.07. 23h	**Dub`n`Root Raggae Dance Soliparty**
Mo 19.07. 21h	**Trillke Trio** **siebenköpfiges Trio spielt Rumän.Klezmer, skandin. Polka, Rasguedo, Karibischer Ska als "wirled folk"**
Sa 28.08.	**Straßenfest im Schanzenviertel** **abends Wagenplatz Soliparty in der Flora**

Regelmäßige Flora Termine:

Montag ab 19 Uhr Kochsession veganes essen Ab 17 Uhr offene Motorradwerkstatt-schrauben und klolnen 18.30 – 21 Uhr Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen **Dienstag** 18-23 Uhr Dubcafe **Mittwoch** 19 Uhr "Wie es euch gefallt-artcafe **Donnerstag** 19.30 Uhr Anti Castor CafeDonners. 1.+3 ab 19 Uhr Kochkollektiv veganes essen 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen **Samstag** food not bombs veganes Essen **Sonntag** ab 17 Uhr Cafe Niemandsland richtige Politik, echter Kaffee und frischer Kuchen Studio F (fsk 93.0) sendet ganztatig aus der Roten Flora